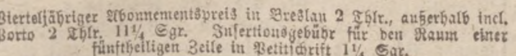
Breslauer Zeitung.




Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 100. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Sonnabend, den 28. Februar 1863.**

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Kassel, 27. Febr. Der ehemalige kurhessische Gesandte in Berlin, Kammerherr v. Baumbach, ist an Stelle des als bevollmächtigten Ministers Kurhessens nach Berlin gehenden Kammerherrn v. Schachten, zum Gesandten Kurhessens am wiener Hofe ernannt worden.

Turin, 26. Febr. In der Deputirten-Kammer gab bei der fortgesetzten Diskussion über die Anleihe der Minister des Auswärtigen Erklärungen über die auswärtige Politik Italiens. Dieselbe sei gegründet auf das Bündniß mit Frankreich und England und verdiene nicht den Vorwurf zu großer Geschmeidigkeit. Was die Polen betreffe, so seien ihnen die Sympathien des italienischen Volkes zugewandt; eine Verletzung des Prinzips der Nichtintervention seitens irgend welcher Macht ihnen gegenüber würde eine sehr ernste Sache sein. Solche Verletzungen schadeten überhaupt nach beiden Seiten, denen, welche sie begingen, und denen, für welche sie begangen würden. Diese Erklärung wurde mit Beifall aufgenommen.

Lemberg, 27. Febr. Hier angekommene Flüchtlinge melden, daß am 24. bei Ruda oberhalb Swierze und Chelm (Gouvernement Lublin) ein Gefecht stattgefunden habe, in welchem 2000 Insurgenten unter Bogdanowicz und Neczaj geschlagen und zum Theil über den Bug gedrängt worden seien.

Krakau, 27. Febr. Bei Malagosz und Wloszczow sollen seit zwei Tagen Kämpfe zwischen den Insurgentenführern Jezioranski und Zielinski und den Russen stattfinden.

Paris, 27. Febr. Das heutige „Pays" bringt eine Depesche aus Madrid, welche die Ernennung Narvaez zum Ministerpräsidenten meldet.

Stockholm, 26. Februar. Die schwedischen Blätter von allen Farben bringen heftige Artikel voll Abscheues gegen die preußisch-russische Convention; sie hoffen, daß falls dieselbe zur Ausführung gebracht werde, die Nemesis am Rhein dafür nicht fehlen wird. (H. N.)

Athen, 25. Febr. Die National-Versammlung hat das neue Ministerium ernannt. Minister-Präsient ist Balbis, Kriegsminister Smolentz, Minister des Innern Augerinos, Minister des Auswärtigen Demetrios Maurokordatos, Finanzminister Charalamby, Cultus- und Unterrichts-Minister Desiosperos, Marine-Minister Boudouris und Justiz-Minister Papa Zaphyropoulos.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

18. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (27. Febr.)

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Am Ministertisch: Herr v. Selchow, ein Ministerial-Commissarius.

Die Tribüne und Logen sind stark besetzt. Mehrere Urlaubsgesuche werden genehmigt. Die Abgeordneten Lette, v. Benda u. Gen. haben zwei Anträge, betreffend die Einführung einer neuen Kreisordnung und die Regelung der ländlichen Polizeiverwaltung, eingebracht. Dieselben werden auf Vorschlag des Präsidenten der um 7 Mitglieder zu verstärkenden Gemeinde-Commission überwiesen.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Vereidigung der neu eingetretenen Abgeordneten Barre, Laßwitz, Dr. Löwe und Wilke. Das Haus setzt sodann die gestern vertagte Debatte fort.

Von dem Abgeordneten v. Bockum-Dolffs ist folgendes Amendement eingebracht worden: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu erklären: Das Interesse Preußens erfordert, daß die königl. Staatsregierung, gegenüber dem im Königreiche Polen ausgebrochenen Aufstande, keinem der kämpfenden Theile irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuwende, noch auch Bewaffneten gestatte, das preußische Gebiet ohne gleichzeitige Entwaffnung zu betreten." — (Dieses Amendement ist gestern von den beiden großen liberalen Fractionen nach gemeinsamer Berathung angenommen worden, ist also als der Beschluß des Hauses im voraus anzusehen). Das Amendement wird von mehr als dreiviertel des Hauses unterstützt.

Der erste Redner ist Abg. v. Vincke (Stargardt): Es sei wiederholt von der Behandlung auswärtiger Angelegenheiten in der Landesvertretung die Rede gewesen, und dabei auf andere Länder hingewiesen worden. Dieser Vergleich sei nicht zutreffend. In England lasse der Kampf der zwei großen politischen Parteien auf der Tribüne das Land selbst unberührt; in Frankreich sei, dem eisernen Willen an der Spitze des Landes gegenüber, das Schaumspritzen der Tribüne eben nur Schaumspritzen. Er könne dem Ministerpräsidenten in seinem Urtheile über die Rede des Abg. für Bielefeld nicht Unrecht geben. Dessen Vergleich der preußischen Truppen mit Schergen der Russen, des Verfahrens der Regierung mit dem Verkauf hessischer Unterthanen, entspreche demjenigen nicht, was man bisher über die Convention wisse. Auch die Bemerkung des Referenten, daß man für die Veteranen kein Geld habe, und hier ohne Weiteres Hunderttausende ausgebe, sei gleichfalls nicht gerechtfertigt; „jenes dauernde Almosen für die Veteranen ist etwas ganz anderes als diese, so Gott will! vorübergehenden Ausgaben." — Es sei nicht zu verkennen, daß durch alle europäischen Zeitungen eine gewisse Sympathie für die polnische Nationalität gehe, und auch die Redner dieses Hauses hätten es für nöthig gehalten, dem Ausdrucke ihrer Meinung zunächst eine gewisse Menge höflicher Redensarten vorangehen zu lassen. Er dagegen glaube, man könne dem Gegner keine größere Ehre erweisen, als daß man ihm die reine Wahrheit sage. Diese Aufgabe habe er sich gewählt. Der Abg. v. Rönne und „der talentvollste Journalist der Fortschrittspartei" seien auf die Theilungen Polens zurückgegangen, letzterer habe sogar hier eine vollständige geschichtliche Vorlesung gehalten. (Heiterkeit.)

Er wolle dem gegenüber sich auf andere Autoritäten von besserem Klange in diesem Hause berufen. Zunächst constatire er jedoch jenen Ausführungen gegenüber, daß allerdings ein alter historischer Gegensatz zwischen der germanischen und slavischen Nationalität bestehe. Die jetzige Stellung Polens zu Preußen sei nicht anders und besser zu bezeichnen, als durch einen Ausspruch des „ersten jetzt lebenden deutschen Historikers", des Hrn. Referenten v. Sybel, in Betreff des von Polen gegen die Erhebung Preußens zum Königreich im Jahre 1701 erhobenen Protestes. Er wolle die Versammlung nicht incommodiren mit einer Schilderung der Leiden der polnischen Nation unter der Herrschaft des polnischen Adels, auch nicht die Worte des Referenten darüber citiren, da dieselben in den letzten Tagen durch das Läuterungsfeuer der „Kreuzzeitung" gegangen (Heiterkeit). Nicht in der „Kreuzzeitung" gestanden habe aber jene Stelle aus dem Werke des Hrn. Referenten, worin er nachweise, daß der kleine polnische Adel auf den Provinziallandtagen mit seinen Stimmen einen förmlichen Handel getrieben habe ꝛc. „Man sieht, m. H., daß ein solcher Staat keine Berechtigung hatte zu existiren!" ein Staat, der allein in Europa das traurige Beispiel darbot, sich aufzulösen in Congregationen, die sich mit dem Auslande, die sich mit dem russischen Erbfeinde in Verbindung setzten, zur Bekämpfung ihrer eigenen Landsleute! „Nicht durch Rußland, durch Polen selbst ist Polen untergegangen!" Rousseau habe im Jahre 1772 **vor** der ersten Theilung Polens gesagt, von all den vielen Wundern jener Zeit sei das größte, daß der polnische Staat noch existire. Man müsse sich frei halten von solchen Regungen schwächlicher Humanität, wie sie hier gehört worden. Jene Zeit sei vorüber, wo man aus Rücksichten der Sentimentalität sich bemühen wollte, einen Staat zu retten, dessen erstes Lebenszeichen die Zerstückelung Preußens sein müßte.

„Ja, meine Herren! die Existenz Preußens hängt daran, daß kein Staat Polen zu Stande komme!" (Oho!) Das Muster einer Städteordnung sei nicht in Polen zu suchen, wie der Abg. Dr. Becker gemeint; unsere Vorfahren hätten die Grundlagen dazu mit nach Polen genommen, deutscher Arbeit, der Entwickelung aus deutschem Keime sei All das, was Jener angeführt, zu verdanken. Preußens Verdienst sei es insbesondere, den polnischen Leibeigenen die Freiheit verschafft zu haben, über welche die Polen erst beriethen, als im Jahre 1831 bereits die Russen vor den Thoren standen. Die polnischen Edelleute allein hätten in Europa die Barbarei der Leibeigenschaft zu lange erhalten. Die Sache stehe denn also doch anders, als die Abgg. v. Rönne und Dr. Becker gemeint. — Nach dieser Einleitung gehe er zur Hauptsache. Er sei wohl russischer Sympathien nicht verdächtig. Dem Abg. für Oels gegenüber möchte er aber doch in Bezug auf die Behauptung, daß die Bildung in Polen systematisch unterdrückt werde, bemerken: Bekanntlich seien seit dem Jahre 1857 die Gymnasien und Realschulen wieder hergestellt, seit dem Jahre 1860 auch die Universität. Man möge also in Bezug auf die neuste Zeit dem Kaiser Alexander nicht die Sünden seiner Vorgänger zum Vorwurf machen. Derselbe Abgeordnete habe sich berufen auf den Grafen Wielopolski, nun, es gebe keine Art des Meuchelmordes, die nicht gegen diesen Mann versucht worden; auch das sei nicht besonders ehrenvoll für die polnische Nation.

Der Abg. Kantak habe die jetzige Insurrection mit den deutschen Freiheitskriegen verglichen, und dieser Vergleich sei von einem bedeutenden englischen Staatsmann, dem Lord Ellenborough jüngst wiederholt worden, — sonst würde er es unter der Würde dieses Hauses halten, darauf zu repliciren. Der Vergleich könne nicht stattfinden: „Die Deutschen hatten nicht Treue geschworen dem Kaiser der Franzosen, gegen den sie sich erhoben; sie begingen keinen Meineid, sie machten sich nicht des Aufruhrs schuldig gegen eine rechtmäßige Gewalt, sie bedurften nicht der Versprechungen des Socialismus. Nein, meine Herren, der König rief und Alle, Alle kamen. (Bravo zur Rechten.) Die Freiheitskriege sind nicht durch Meuchelmord befleckt! Ich weise diesen Vergleich mit Entrüstung zurück!" (Beifall zur Rechten.) Andererseits gehe aber auch der Abg. v. Gottberg zu weit, wenn er die Aufständischen Räuberbanden nenne. Auch das Urtheil, daß der Aufstand von ultrademokratischer Seite ausgehe, sei verfrüht. Der Erfolg werde zeigen, von welcher Seite er ausgehe. Von welcher Seite auch immer derselbe aber ausgehe, die Erfahrung der früheren Aufstände habe gezeigt, daß Preußen jedenfalls auf seiner Hut sein müsse. Auch die russ. Berichte ergeben, daß die Insurgenten bereits einzelne Gefechte siegreich bestanden hätten. Jetzt sei Mieroslawski zu ihnen gestoßen; Klapka sei auf dem Wege nach Polen. Einer solchen Capacität ersten Ranges gegenüber dürfe man die Bedeutung des Aufstandes nicht unterschätzen.

Auf die Convention selbst könne er nicht eingehen, da er sie nicht kenne. Wenn aber der Ministerpräsident auf England verwiesen habe, um zu zeigen, man spreche zu viel davon, so antworte er ihm: „Schaffen Sie uns ein englisches Oberhaus, das einen verfassungsmäßigen Boden hat, den unser Herrenhaus nicht hat! ein Oberhaus, das als seine erste Aufgabe erkennt, die Verfassung des Landes zu wahren. (Bravo!) Schaffen Sie uns vor Allem ein englisches Ministerium! (Beifall.) Kein Ministerium, das, wenn die Landesvertretung sich mit den ernstesten Angelegenheiten beschäftigt, ihr vorwirft, sie verderbe die Zeit des Ministeriums. (Bravo.) Kein Ministerium, das der Landesvertretung mit solcher Mißachtung begegnet. (Bravo.) Der Redner führt nun aus, daß weder von Solidarität der conservativen noch der demokratischen Interessen, noch von verbotener Sympathie oder Antipathie gegen die eine oder andere auswärtige Macht die Rede sein könne. Nur auf die Sympathie, auf das Interesse Preußens komme es an. Es sei von Rußlands Macht gesprochen und wieder von Rußlands Schwäche: je nach Umständen sei dasselbe stark oder schwach. Jeder Aufstand in Polen könne die Bedeutung gewinnen, ein selbstständiges Polen zu schaffen, und das halte er, abweichend von vielen der Redner, für das allergefährlichste für Preußen. Polen müsse nothwendig nach der See hindrängen, und dahin gelangt, werde es auch bald eine Marine erlangen. Deshalb sei die allerdringendste Veranlassung, solchen Anfängen entgegen zu treten. Principiis obsta! Die Ansichten der polnischen Mitglieder des Hauses und ihre Absichten seien aus früheren Verhandlungen klar genug.

Der Abg. v. Niegolewski, den er zu seinem Bedauern seit einiger Zeit in diesem Hause vermisse, habe am 22. April 1861 ausdrücklich ausgesprochen: „Glauben Sie nicht, m. H., daß wir die Absicht auf die Wiederherstellung Polens aufgeben!" — Wenn der Abg. für Oels sagt, man könne es den Polen nicht verdenken, daß sie ihre nationale Selbstständigkeit wieder herstellen wollen, so könne man auch einen Aufstand der Polen in der Provinz Posen rechtfertigen. Es sei gefragt: wer wolle den Polen ihre Fähigkeit zur Herstellung eines selbstständigen Staates bestreiten? Nun ja, weil er sie für sehr fähig halte, etwa deshalb sei er ihnen im preußischen Interesse auf das Lebhafteste entgegen. — Wenn ein Staatsvertrag mit Rußland zu Stande kommen könnte, wonach wir für 2 Polen einen Deutschen erhielten, würde er mit der größten Bereitwilligkeit darauf eingehen, so sehr er auch bedauern müßte, den Einen oder Anderen der geehrten Redner auf diesen Bänken (den polnischen) auf diese Weise dann vielleicht vermissen zu müssen. (Heiterkeit.) Das redlichste Mitglied dieser (der linken) Seite dieses Hauses der Abg. Schulze (Berlin) „oder, wie er sich mit seinem europäischen Namen nennt, der Abg. Schulze-Delitzsch" (Große Heiterkeit) habe im September v. J. — und er unterschreibe dies wörtlich — ausgeführt, es handle sich hierbei nicht mehr um das Nationalitäts- sondern um das Territorialitätsprincip, nicht ein Fuß breit durch deutschen Fleiß und deutsche Arbeit erkämpften Bodens dürfte abgetreten werden. Er nehme den von den Polen gebotenen Kampf an, weil wir ihn annehmen müssen, weil wir nicht ein selbstständiges Polen wollen, das im Bunde mit Rußland das gefährlichste wäre. — Deshalb rechtfertige sich auch der rasche Abschluß der Convention mit Rußland zur Unterdrückung des Aufstandes.

Man habe merklich viel gesprochen von einer Intervention auswärtiger Mächte gegen Preußen, und dieser Theil der Debatte sei ihm der schmerzlichste gewesen. Von einer eigentlichen Intervention im völkerrechtlichen Sinne könne nicht die Rede sein, wie aus der (verlesenen) Definition Heffters folge.

Was die auswärtigen Mächte betreffe, so wolle er zunächst auf Frankreich blicken. Er leugne nicht, daß dort Sympathien für Polen vorhanden, er erinnere aber an den Mann an der Spitze dieses Landes. Sollte der wirklich so warme Sympathien für Polen haben? Und habe er selbst denn nicht, gegen das Königreich Italien, in Rom intervenirt und halte noch jetzt 27,000 Mann daselbst? Es handle sich aber zur Zeit für ihn nur darum, die Aufmerksamkeit Frankreichs von den Vorgängen in Mexiko abzulenken.

Es sei auch nicht wunderbar, daß das freie England eine gewisse Sympathie mit Polen als einem unterdrückten Lande habe. Wenn aber England sich auf sein politisches Interesse besinne, dann würde es sich wohl nicht in's Schlepptau von Frankreich nehmen lassen. Dies werde auch durch Manches, was Palmerston in seinen letzten Reden gesagt habe, angedeutet, z. B. durch die Paralelle der französischen Conscription in Egypten mit der russischen in Polen. Er habe oft darauf hingewiesen, daß nächst dem deutschen Volke England unser einziger natürlich Verbündeter sei, weil zwischen England und Preußen keine Collision der Interessen, sondern im Gegentheil viele gemeinschaftliche Interessen seien. England würde sich auf sein wahres Interesse besinnen, wenn es zur Zuverlässigkeit und Dauerhaftigkeit der preußischen Politik Zutrauen haben könnte, wenn in Preußen auf den Ministerbänken Männer säßen, hinter denen die Nation stände. (Bravo, hört.) — Was Oesterreich betreffe, so beachte es jetzt, wie immer, die kluge Politik, das Gegentheil von dem zu thum, was seinem Gegner schade. Es benutze die Gelegenheit, sich an Rußland zu reiben und auch an uns. Aber gerade Oesterreichs Position gegen unser Verhältniß zu Rußland müsse uns in demselben bestärken. Zweierlei habe der polnische Aufstand bewirkt, was nach seiner Ansicht den preußischen Interessen förderlich sei: 1) Daß irgend eine Heilung des Zerwürfnisses zwischen Oesterreich und Rußland für jetzt unmöglich gemacht sei; 2) daß auch das so sehr gefürchtete Bündniß zwischen Frankreich und Rußland in weite Ferne gerückt sei.

In dieser Beziehung fände er die Politik des Ministeriums nicht so verwerflich. Nach allem sei nach seiner Ansicht die Commission mit ihrer Grundanschauung im Unrecht. Es liege in unserem Interesse, den Russen so viel Unterstützung zuzuwenden, als es irgend ohne Gefährdung anderer wichtiger Interessen möglich sei. Deshalb sei er auch gegen das Amendement Bonin. Er mache der Regierung keine Vorwürfe, wenn sie gefährliche Polen gefangen nehme, er würde es dankbar anerkannt haben, wenn es der preußischen Polizei gelungen wäre, sich des von uns erst begnadigten Mieroslawski zu bemächtigen (Oho), er sei damit einverstanden, wenn die Regierung jede Ausführung von Kriegsbedarf nach Polen verbiete, wenn sie die Russen mit jedem Kriegsbedarf und Provision unterstütze. (Große Unruhe, Oho!) Das Wünschenswertheste für die preußische Politik sei die möglichst rasche Niederschlagung des polnischen Aufstandes. (Oho!) — Nur in einem Punkte weiche er von der Regierung ab. Er halte sie für nicht berechtigt, den Russen zu gestatten, daß sie zur Verfolgung von Insurgenten die preuß. Grenzen überschreiten. Sollte das geschehen, so würden dadurch nach seiner Ansicht die Interessen und die Ehre Preußens verletzt. In Bezug auf die Verletzung der preußischen Interessen weise er nur auf die möglicher Weise entstehenden Conflicte hin. Allerdings habe der Ministerpräsident erklärt, jeder Act des Einrückens bedürfe der speciellen Genehmigung der preußischen Regierung. Das sei für ihn practisch undenkbar. Durch Couriere solle diese Einwilligung doch wohl nicht in Berlin eingeholt werden, also wohl durch den Telegraphen. Ob dieser an der 300 Meilen langen Grenze hinreichend vorhanden sei, wisse er nicht, jedenfalls könne auch auf diesem Wege die Genehmigung ohne Schwierigkeit nicht ertheilt werden. — Was die preußische Ehre betreffe, so bedürfe es keines Beweises, daß diese durch jede Cooperation der Russen mit den Preußen gefährdet werde. Deshalb habe er sein Amendement gestellt. Er glaube nicht, daß er damit viel Glück haben werde. Man lege zu viel Werth auf die Antipathie gegen das Ministerium, zu wenig auf die Interessen Preußens. Das aber beweise, daß eine Stellung, wie sie das jetzige Ministerium gegenüber der überwiegenden Majorität dieses Hauses einnehme, in kritischen Momenten unhaltbar sei. Bei der Adreßdebatte habe er noch einen Weg der Versöhnung gezeigt.

Er sei nicht betreten worden. Er würde auch wohl jetzt nicht betreten werden, und er habe vor der Consequenz politischer Charaktere, auch bei seinen Gegnern, alle Achtung. Bei der Adreßdebatte habe er indeß gewarnt vor den Folgen dieser Consequenz in Bezug auf die innere Politik, auf die Folgen gegenüber dem Auslande wolle er aus Patriotismus auch jetzt nicht eingehen. Aber das müsse er aussprechen, in einem Lande wie Preußen können gefährliche Krisen nur dann einen für das Land heilsamen Ausgang nehmen, wenn die Politik des Ministeriums von dem Enthusiasmus des ganzen Landes getragen werde. (Bravo.) Wenn ein Ministerium auf die Dauer so wenig Unterstützung fände, wie das gegenwärtige, so wiederhole er, daß das hartnäckige im Amte bleiben desselben den Staat ruinire. (Lautes Bravo.) — Er könne dies um so mehr sagen, als er dem Ministerium gegenüber sine ira et studio sei. Sine ira, denn er habe den Ministerpräsidenten beim Eintritt in sein Amt mit Freuden begrüßt (Heiterkeit), sine studio, denn nicht seine politischen Freunde würden nach dem Sturze des Ministeriums auf die Ministerbank kommen, sondern nach allen constitutionellen Regeln die Führer der Partei, welche die Majorität in diesem Hause hätten. (Heiterkeit.) Wenn er nach Waldeck's Rede auch schwere Bedenken gegen dessen auswärtige Politik habe, so müsse doch der Versuch gemacht werden. — „Das Land muß durch Schaden klug werden." — (Große Heiterkeit.) Er resumire seine Ansicht dahin: Ohne ein Einrücken unserer Truppen in Rußland und ohne ein Einrücken der Russen in Preußen jede nur mögliche Begünstigung Rußlands. „Handeln Sie für Preußens Interesse und ohne Schädigung von Preußens Ehre." (Bravo.)

(Im Anfange dieser Rede sind die Minister v. Mühler und Gr. Eulenburg, gegen den Schluß derselben Herr v. Bismarck, nach derselben Herr v. Roon eingetreten.)

Ministerpräsident v. Bismarck: Der Vorredner hat von Neuem die Besorgniß über die Nachtheile ausgesprochen, die unsern Grenzbezirken aus einer Grenzüberschreitung erwachsen können. Ich sehe daraus, wie schwer es ist, eine einmal gefaßte Meinung, mit einer einmaligen Erklärung des Gegentheiles zu entkräften. Ich sagte gestern, daß die Verabredung die Sicherstellung Preußens gegen diese Eventualität vollkommen enthalte. Ich habe mich auch schon an einer anderen Stelle darüber ausgesprochen, möchte es aber auch hier wieder thun.

Abg. v. Hennig (Straßburg): Der Vorredner, der so eben die Tribüne verlassen, habe über alle möglichen und andere Dinge gesprochen. (Ja wohl!) Er habe eine historische Vorlesung gehalten, auf welche er (Redner), der jedenfalls bessere Kenntniß von den thatsächlichen Verhältnissen habe, sich nicht weiter einlassen wolle, zumal der Vorredner das Recht habe, jeden Redner gewissermaßen zu schulmeistern. (Oh, oh!) Er habe wenigstens das Recht in Anspruch genommen. In Berlin sei man über die wirklichen Vorgänge in der Provinz Posen oft ganz außerordentlich schlecht unterrichtet, wovon der Minister des Innern gestern ein Beispiel gegeben habe. Ein russisches Ueberschreiten der preußischen Grenze habe bereits stattgefunden, und eben deswegen hätte der Vorredner mindestens für das Amendement v. Bonin stimmen sollen. Der Ministerpräsident habe gestern sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß er den Verhandlungen des Hauses über diese Frage beiwohnen müsse; den Vorwurf könne er dem Herrn Minister nicht zurückgeben; er könne versichern, daß ihm und seinen Freunden die Reden des Herrn Ministerpräsidenten stets sehr interessant seien, denn sie gäben stets viel Stoff zur Erheiterung. Sei es nicht komisch, daß man heut zu Tage die alten Geschichten von 1818 wieder aufwärme, daß man sage, das Haus wolle Preußen wehrlos machen und das Ausland herbeirufen. Würde es nicht die erste Pflicht des Herrn Ministerpräsidenten sein, wenn dies wirklich und im Ernst seine Meinung wäre, Sr. Maj. dem Könige zu rathen, ein solches landesverrätherisches Abgeordnetenhaus aufzulösen (hört, hört!); warum thue er dies nicht? Wahrscheinlich, weil er sehr wohl wisse, daß das Haus wiedergewählt würde. — Zur Sache selbst übergehend, behauptet der Redner, daß sowohl preußische Truppen nach Rußland, wie russische Truppen nach Preußen übergetreten seien, und deshalb erklärt er sich für den Commissionsantrag, weil dieser ausspreche, was man wirklich bezwecke, das vollkommen parteilose den Ereignissen Gegenüberstehen. Wie könne das Haus die russischen Bestrebungen unterstützen? Rußland sei Preußen stets gegenübergetreten, am meisten bei Gelegenheit des holsteinschen Bündnisses.

Der Minister des Innern wendete sich gestern gegen den Ausdruck, den der Abg. Becker gebrauchte; derselbe habe von brutaler Militärherrschaft gesprochen, Den Ausdruck könne er nicht unterschreiben, aber eine Militärherrschaft sei vorhanden. Der General v. Werder habe Vollmachten erhalten, die er nicht erhalten durfte. Es sei der General überhaupt angestellt worden, ohne Zustimmung des Hauses, und habe er (Redner) aus sicherer Quelle vernommen, daß alle Civilbehörden angewiesen seien, den Anordnungen des Generals Folge zu leisten. So etwas dürfe nur im Falle einer Mobilmachung eintreten, nicht aber, wenn nur die Reserven eingezogen würden. — Unter einem Bündniß mit Rußland leide die Ehre Preußens und dies erfülle allgemein mit tiefem Bedauern. Er habe die Ueberzeugung, daß eine mit den Interessen des Landes verbundene Regierung nie eine solche Convention abschließen würde (hört! hört!). Der Herr Minister-Präsident glaube alle Einsicht allein zu besitzen, und deshalb habe das Haus die Pflicht, seine Ansichten und Wünsche auszusprechen. Dies geschehe durch den Commissions-Antrag. Der Comm.-Antrag werde getragen von dem Wunsche, daß die Regierung so ehrenvoll nach außen handle, wie es für die Ehre des Vaterlandes nothwendig sei.

Minister-Präsident v. Bismarck: Der Vorredner ist nochmals auf die Gefahren zurückgekommen, welche uns von einem Bündniß mit Rußland drohen; er hat auch gesagt, daß er die in Aussicht gestellte Eventualität nicht wünsche, aber aus der Abneigung, meinem Widerspruch Glauben zu schenken, muß ich doch auf ein gewisses Unbehagen schließen darüber, daß diese Gefahr nicht vorhanden ist. Das ist eine Bemerkung, die sich mir aus seiner Rede aufgedrängt hat. Was der Vorredner an Thatsachen betreffs der Grenzüberschreitung angeführt hat, ist im Ganzen sehr dürftig (oh! oh!). Mir sind die Thatsachen nicht bekannt, und halte sie auch kaum für erheblich genug, um Ermittelungen darüber anzustellen (oh! oh!). Ob wirklich Grenzen überschritten sind, ob ein Gendarm darüber gegangen ist, ist nicht erheblich; in Oesterreich sind ganz andere Truppentheile über die Grenzen gegangen und haben es wahrscheinlich nicht gewußt, daß sie auf fremdem Gebiete waren. Es ist ja auch bei uns früher schon oft genug vorgekommen, daß 20 bis 30 russische oder preußische Offiziere über die Grenze zum Besuch gegangen sind (Gelächter, Staunen). Der Vorredner hat mir vorgeworfen, daß ich von 1848, von alten Geschichten gesprochen habe. Es ist noch nicht lange her, daß mir Reden vorgelesen wurden, die ich im J. 1849 gehalten habe, und das eine Jahr wird doch die Sache nicht gleich obsolet machen. Der Vorredner hat ferner gefragt, warum wir denn die Kammer nicht auflösten? Ja, meine Herren, ehe wir das thun, möchten wir gern, daß das Land Gelegenheit hat, Sie recht genau kennen zu lernen (oh! oh! Heiterkeit). Der Vorredner hat einen Vergleich von Faust und Auge gemacht und mir die Rolle des Auges zugetheilt. Ich bin ihm dafür dankbar, denn das Auge ist jedenfalls der edlere Theil und hat die Leitung. Er hat ferner gesagt, daß ich glaubte, alle Weisheit allein zu besitzen. Das gelt

wohl etwas zu weit; das Wenige, was ich an Weisheit besitze, muß ich bei dem mir von Sr. Majestät dem Könige übertragenen Amte zur Anwendung bringen. Wenn Sie einstmals das Amt inne haben sollten, werden Sie auch Ihrerseits Ihre Weisheit eben so nach Möglichkeit an den Mann zu bringen suchen.

Kriegsminister v. Roon: Ich will über die Resolution selbst nicht sprechen, da ich glaube, daß sie ohnehin im Lande die richtige Würdigung erfahren wird. Was aber die Bemerkung des Vorredners angeht, daß der General v. Werder angeordnet habe, daß die Truppen ohne vorgängigen Rapport mit den Civilbehörden unter Umständen einquartiert werden sollten, so habe ich mir bei der ersten Kenntniß von der angegriffenen Anordnung des Generals v. Werder gleich gedacht, daß dieselbe bei Uneingeweihten Anstoß erregen würde. Die fragliche Anordnung ist aber völlig unbedenklich für die Civilbevölkerung, nicht unbedenklich für das Militär selbst. Ich setze voraus, daß der kommandirende General in Posen den Erlaß nach vorgängiger Verständigung mit dem Ober-Präsidenten hat ergehen lassen, der, wie ich ebenfalls voraussetze, die nöthigen Instruktionen an die Landräthe gerichtet hat. Der Befehl, sich unter Umständen selbst einzuquartieren, ohne eine vorgängige Einquartierung seitens der Civilbehörden, hat für die Truppen nur die Bedeutung, daß dieselben nichts Warmes zu essen bekommen. Die Truppen müssen in solchem Falle stehen bis die Quartierbillets gemacht und vertheilt sind; die Einquartierung geschieht also nur auf Kosten der Truppen. Wenn es ferner für ungesetzlich gehalten worden ist, mit Bons zu bezahlen, so beruht auch dies auf Unkenntniß mit militärischen Verhältnissen. Baar bezahlen nämlich nur die Truppenkörper, welche Kassen führen, die Bataillone, Kavallerieregimenter und Batterien. Ist ein solcher Stab bei dem einquartierten Truppenkörper, so tritt sofortige Baarbezahlung ein. Muß aber, wie dies bei der Bewachung von Grenzdistrikten nothwendig ist, eine Zersplitterung jener Truppentheile eintreten, so ist eine gleichzeitige Vertheilung, der Kassen nicht möglich; dann werden, was auch bei Friedensmärschen oft vorkommt, Bons ausgegeben, die bei der nächsten Steuerzahlung den Staatskassen in Anrechnung gebracht werden. Was endlich die letzte Frage des Vorredners angeht: wie kommt der General v. Werder zu seiner jetzigen Stellung? so erwidere ich darauf: auf Grund einer Kabinetsordre, die verfassungsgemäß ergangen ist, und auf Grund der Tradition, daß Se. Majestät seine Offiziere so verwenden kann, wie er es für gut findet.

Minister des Innern Graf Eulenburg: Die Bemerkung des Abgeordneten v. Hennig, daß die Civilbehörden Anweisung erhalten haben, den Befehlen des General v. Werder unbedingt Folge zu leisten, erkläre ich einfach für falsch. Auf die Anspielung meiner kurzen Anwesenheit in Preußen erwidere ich nur: wenn ich auch ebenso viele Jahre in Preußen wäre, als ich es jetzt Monate bin, so würde es mir doch unbekannt geblieben sein, daß die Brücke zwischen Gollub und Dobrzyn halb preußisch und halb russisch ist; wenn, was sehr erklärlich ist, der Herr Abg. besser unterrichtet ist, so hätte er deshalb sofort gestern eine thatsächliche Berichtigung eintreten lassen sollen. Uebrigens halte ich trotz der Nachrichten des Abg. v. Hennig den mir zugegangenen amtlichen Bericht einstweilen für richtig.

Abg. v. Bonin (Genthin): Der Herr Ministerpräsident hat gestern ausgesprochen, daß die Neigung, das eigene Vaterland bloßzustellen, eine politische Krankheit sei, deren geographische Verbreituug sich auf die Grenzen Deutschlands beschränke. Ich möchte, hieran anknüpfend, die Stellung des Staatsministeriums in dem Lande und in diesem Hause ebenfalls als eine politische Krankheit bezeichnen, deren chronischer Charakter aber durch das gestrige Auftreten des Ministerpräsidenten in einen sehr acuten sich verwandelt hat. (Sehr gut!) Ich will nur auf eine der Bemerkungen des Herrn v. Bismarck erwidern: er hat heute gesagt, die Regierung wünsche, bevor sie zur Auflösung dieses Hauses schreite, daß das Land das Haus erst recht kennen lerne. Ich glaube, die Regierung hätte bei den jetzigen Verhandlungen Gelegenheit gehabt, dem Lande die Möglichkeit zur gründlichen Kenntniß dieses Hauses zu geben. Bei der jetzigen Haltung der Regierung ist dies gewiß unmöglich. Aber um so mehr wünsche ich, daß das Haus durch die Ruhe und Mäßigung seiner Beschlüsse dem Lande eine gute Signatur seiner selbst gebe.

Ueber den in Polen ausgebrochenen Aufstand hat sich in den letzten Tagen eine sehr verschiedene Auffassung ausgesprochen. Der Ministerpräsident hat sich über die Sympathien preußischer Abgeordneten für den polnischen Aufstand gewundert und hält dieselben nur für eine einzelne Erscheinung der in Europa vorhandenen revolutionären Bestrebungen. Abg. v. Gottberg hat von einem schamlosen Aufstand räuberischer Banden, der als Zweck ein panslavisches Reich habe, gesprochen. Hr. Waldeck sieht in der Erhebung keinen organisirten Aufstand. Abg. Kantak hat gefragt, konnte man erwarten, daß die so bedrückten Polen sich fügen, oder Widerstand leisten würden? und auch heute ist der Aufstand als ein solcher bezeichnet worden, der nur durch die Rekrutenaushebung verursacht worden sei. Wie hat sich nun die Staatsregierung diesem allgemein für gefährlich gehaltenen Aufstand gegenüber verhalten, seitdem derselbe hier znr Sprache gekommen ist? Die Regierung hat uns von dem Aufstande auch nicht die entfernteste Mittheilung darüber gemacht. Schon die Kantak'sche Interpellation war über ihren ursprünglichen Zweck hinausgegangen und hatte die Convention mit Rußland berührt. Die Staatsregierung war hierauf nicht eingegangen, sie hatte sich auf Beantwortung der beiden ausdrücklich interpellirten Punkte beschränkt. Mag die Regierung hierbei im formellen Recht gewesen sein, so bin ich in meinem Urtheil darüber doch nicht mit mir einig, ob die Staatsregierung nicht schon damals gut gethan hätte, die ihr zu jener Zeit mögliche Auskunft über die Lage des Aufstandes zu ertheilen. Da bei Begründung der Interpellation die Convention mit Rußland einmal zur Sprache gekommen, mußte die Regierung erwarten, daß eine weitere Erklärung unverweilt von ihr gefordert werden würde. Die Interpellation v. Carlowitz konnte die Regierung nicht überraschen, ich aber wurde durch die einfache Antwort des Herrn v. Bismark auf das Höchste überrascht. — Die Staatsregierung lehnte es ab, die gewünschte Auskunft zu ertheilen.

Ich kann mir nach den gestrigen Mittheilungen wohl denken, daß man bei der Interpellation eine Anforderung an die Staatsregierung erblickte, schwebende Verhandlungen preiszugeben. Aber die bloße Mittheilung, daß Verhandlungen eingeleitet seien, wäre doch kein Preisgeben des Inhalts gewesen. Nach meiner Auffassung hätte die Regierung jeder Interpellation zuvorkommen müssen, sie hätte nicht nur bei der ersten Einleitung der Verhandlungen, sondern bei der ersten Aufforderung zum Conventionsabschluß von russischer Seite sich offen und ehrlich an die Landesvertretung, hätte von selbst sich an sie wenden müssen (lebhafte Zustimmung), mit der Erklärung, daß Maßregeln gegenüber dem Aufstande zu treffen Pflicht sei. Wäre die Regierung so vorgegangen, so glaube ich nicht, daß eine solche Erklärung im Hause mißfällig aufgenommen worden wäre; ich glaube vielmehr, daß ein etwa beantragter Credit trotz der Stellung, die die Regierung diesem Hause gegenüber eingenommen hat, nicht Widerstand gefunden hätte. In welche Lage hat uns nun das entgegengesetzte Verhalten der Regierung versetzt? Es hat seine Stellung im Lande nicht geändert, seine Stellung diesem Hause gegenüber aber nothwendig verschärft. Glaubt die Regierung wirklich, hat sie wirklich so wenig Umsicht und Kenntniß der Verhältnisse, daß sie, wie neulich Herr v. Bismarck äußerte, die von ihr unternommenen Maßregeln mit einigen Hunderttausenden decken zu können glaubt? (Hört! Hört!) Oder hat die Staatsregierung Anspruch darauf, daß man ihr soviel vertraue, daß sie sich innerhalb der nothwendigen Grenzen halten würde? Und kann sie sich der nachträglichen Zustimmung dieses Hauses nur irgendwie sicher halten?

Ich mag es nicht entscheiden, ob die Staatsregierung nicht schon jetzt über das Unerläßliche in den Maßregeln gegen den polnischen Aufstand hinausgegangen ist, kann aber doch nicht umhin, da ich den betreffenden Verhältnissen näher gestanden habe als die sämmtlichen Herren der jetzigen Staatsregierung, einige Bemerkungen hinzuzufügen. Bekanntlich ist meiner amtlichen Wirksamkeit in der Provinz Posen vor vier Wochen ein Ziel gesetzt worden, die Verhältnisse können sich seitdem in der Provinz vielleicht geändert haben, aber dies versichere ich: wäre der Aufstand vier Wochen früher ausgebrochen, so würde ich mich entschieden gegen diese ausnahmsweisen Maßregeln erklärt haben. (Hört, hört.) Ich kann auch kaum annehmen, daß in den Verhältnissen der Provinz Posen seit vier Wochen ein Umschwung eingetreten ist, denn die in diesen Tagen von dem mir persönlich als durchaus zuverlässig bekannten Vorstand des deutsch-landwirthschaftlichen Vereins erlassene Erklärung faßt die gegenwärtigen Verhältnisse genau so auf, wie sie unter meiner Verwaltung waren. Wenn Graf Eulenburg gesagt hat, daß von den Grenzbehörden vielfach militärischer Schutz gefordert wäre, so liegt, glaube ich, hierin keine Widerlegung meiner Ansicht, da es bekannt ist, wie gern die Behörden sich bei solchen Gelegenheiten möglichst ausgedehnten Schutz zu verschaffen suchen. (Hört!) Wenn das jetzt von der Regierung zugegebene Abkommen über die Cartelconvention hinaus den preußischen Staatsbürgern Pflichten auferlegt, und also die Zustimmung der Landesvertretung bedurft hätte, so sehe ich in einem derartigen Abkommen geradezu eine Schädigung des preußischen Staats (Hört, hört!), zu der ich nie eine Zustimmung gegeben haben würde. Ich constatire es, daß gerade bei dieser Frage der tief zu beklagende Gegensatz zwischen der Staatsregierung und diesem Hause zu einer Höhe gelangt ist, daß irgend ein Mittel zur Ausgleichung nicht mehr zu finden möglich ist. (Sehr wahr!)

Die Staatsregierung kann sich der Ueberzeugung nicht mehr verschließen, daß ihre Thätigkeit durch diesen Gegensatz je länger je mehr nach außen und innen gelähmt ist. Wir aber bedürfen keine gelähmte, sondern eine thatkräftige Regierung. Es ist die Pflicht des Hauses, der Staatsregierung in einer Resolution seine Ansicht auszusprechen. Um so mehr habe ich es bedauert, mich der von der Commission vorgeschlagenen nicht anschließen zu können, theils weil dieselbe eine unzulässige Gleichstellung der Aufständischen mit der russischen Regierung enthält, theils wegen der zur Begründung dieser Resolution geführten Verhandlungen. (Daß eine solche Gleichstellung unzulässig sein würde, erörtert der Redner an einzelnen Beispielen.) Auch ist es unmöglich, für die preuß. Regierung, ohne Verletzung ihrer vertragsmäßig gegen Rußland übernommenen Verpflichtungen, der russ. Regierung jede Begünstigung zu versagen. Der Redner erinnert dabei an den Kartellvertrag und kritisirt dann unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses, welche den Redner nicht verständlich werden läßt, die Auffassungen der Abgg. Waldeck und Kantak über den polnischen Aufstand. Er rekapitulirt dazu den ganzen Gang des polnischen Aufstandes, der durch die Rekrutenaushebungen nicht veranlaßt worden ist, sondern zu dem dieselben nur die Gelegenheit abgegeben. Man müsse sich hüten und auch den Schein einer Theilnahme für die Revolution vermeiden. Wie Herr v. Bismark diese Theilnahme in dem Commissionsantrage gefunden, so sei bei dessen Annahme die Gefahr vorhanden, daß an mancher Stelle eine ähnliche Auffassung eintrete. Er empfiehlt sein Amendement.

Abg. Schulze (Berlin). Meine Herren! In der Debatte über die große und ernste Frage, welche uns beschäftigt, und in der jeder Redner die Verpflichtung hat, seine Ansichten zusammenhängend zu entwickeln, habe ich, bevor ich auf das Sachliche meines Gegenstandes eingehe, Verwahrung einzulegen gegen manche hier gefallene Aeußerungen, gegen ein gewisses „Schaumspritzen". Der Ministerpräsident hat gestern über viele Dinge durcheinander gesprochen, und der Abg. v. Vincke ist ihm heut gefolgt und hat gleichfalls Schaum gespritzt, und hierdurch ist ein ganz eigenthümliches Gemisch entstanden. Der Ministerpräsident hat den Wunsch nach einem englischen Unterhause ausgesprochen. Er hat aber dabei nicht in Betracht gezogen, welche Kämpfe das englische Unterhaus zu bestehen gehabt hat, ehe es zu dem festen Boden gelangte, auf welchem es jetzt steht. Der Ministerpräsident hätte kein unglücklicheres Citat wählen können, als grade dieses, welches uns an so viele tief eingreifende Fragen erinnert, die, wie die Ministerverantwortlichkeit, noch nicht erledigt sind. (Bravo!) Wenn wir festhalten an der Stellung, die wir bisher eingenommen haben, so bleiben wir allein davor bewahrt, auf Abwege, auf die Bahnen der Gewalt zu gerathen; wir bleiben auf dem Wege des Gesetzes. (Beifall.) Würde der Fall eintreten, daß die gesetzlichen Bahnen verlassen würden — wir wünschen ihn nicht, — so würden die Minister nicht im Stande sein, dem Lande Schutz zu gewähren. (Sehr wahr!) — Es sind ferner von dem Herrn Ministerpräsidenten die Mitglieder der National-Versammlung von 1848 in der Person ihres damaligen würdigen Präsidenten angegriffen worden. Ich will die Rechtfertigung derselben hier nicht übernehmen, eine ruhige, unparteiische Würdigung derselben bleibt einer späteren Zeit vorbehalten. Aber Eines will ich hier erklären: grade wir, die wir in jener Versammlung, die eine konstituirende war, gesessen haben, ohne auf etwas anderes, als auf die Sympathien des Volkes uns zu stützen, wir wissen am besten den großen Vortheil zu würdigen, daß wir jetzt den festen Boden der Verfassung unter den Füßen haben. (Sehr richtig!) Wir halten darum daran fest, und von einer anderen Partei, die von einem ganz entgegengesetzten Standpunkte ausgeht, gehen die Versuche aus, die Verfassung zu untergraben.

Der Abgeordnete v. Vincke hat zwar gegen die Solidarität der conservativen Interessen Protest eingelegt, er hat aber gleichzeitig „halb denunciatorisch" v. der Solidarität der demokratischen Interessen gesprochen. Er hat dabei übersehen, daß die Partei, welche die Solidarität der conservativen Interesse zu ihrem Wahlspruch hat, gar nicht bestehen könnte, wenn sie nicht Solidarität der demokratischen Interessen fortdauernd als Gespenst vorführte. (Bravo!) Es ist endlich von dem Ministerpräsidenten gesagt worden, das Land solle uns erst kennen lernen, bevor dies Haus aufgelöst würde. Das Land kennt indessen uns, es kennt unsere Partei, die zum Theil aus demokratischen Elementen besteht, es kennt unsere Bestrebungen, u. es kennt auch das Ministerium. (Lebhafter Beifall.) Durch die Berufung auf das Gespenst der Solidarität der demokratischen Interessen kann der Abg. v. Vincke nur sich selbst schaden, aber uns gegenüber keinen Effekt hervorbringen.

Mein Glaube an die staatsmännische Befähigung ist übrigens stark erschüttert durch das Urtheil, welches er über den Ministerpräsidenten abgegeben, durch die Hoffnungen, welche er nach seinem eigenen Geständnisse auf ihn bei dem Amtsantritte gesetzt hat. Wenn ein Ministerium v. d. Heydt, welches sich gewiß nicht durch allzu große Scrupulosität auszeichnete, (Herr v. d. Heydt ist in der Diplomatenloge u. zeigt eine sehr vergnügte Miene) zurücktrat, wie durfte man hoffen, daß das Ministerium, welches es zu ersetzen bestimmt war, die Hand zur Versöhnung bieten würde.

Ich komme jetzt zur Sache. Wir wissen zunächst, daß eine Convention zwischen unserer Regierung und Rußland abgeschlossen ist. Wir wissen auch etwas über den Inhalt derselben. Es steht insbesondere fest, daß unter Umständen eine Ueberschreitung unserer Grenze durch russische Truppen stattfinden darf. Allerdings hat der Ministerpräsident gestern und heute zu wiederholtenmalen erklärt, daß eine besondere Zustimmung hierzu erforderlich sei. Es fragt sich nun, in welcher Weise dieselbe ertheilt werden soll. Der Abg. v. Vincke hat vorausgesetzt, daß in jedem einzelnen Falle die Zustimmung des Ministeriums eingeholt werden müsse. Er hat indessen selbst ausgeführt, welche Schwierigkeiten hiermit verbunden sein würden. Es ist anzunehmen, daß seine Voraussetzung eine irrige ist, daß auch untergeordneten Behörden die Befugniß eingeräumt ist, die Zustimmung zu geben. Es wäre gewiß von höchstem Interesse, das Nähere hierüber zu erfahren, in welcher Weise die Convention ausgeführt werden solle, welche Behörden berechtigt seien, die Zustimmung zu Grenzüberschreitungen zu geben.

Wir wissen ferner, daß eine Begünstigung russischer Truppen stattgefunden hat. Der Minister des Innern hat gewisse hierauf gestellte Behauptungen bestritten; der Abg. Hennig ist ihm indessen darin entgegengetreten, und nach Nachrichten, die auch mir aus jener Gegend zugegangen sind, ist die Darstellung des letzteren die richtige.

Festgestellt ist ferner, daß Auslieferungen an Rußland stattgefunden haben. Der Minister des Innern hat in eigenthümlich sinnreicher Weise die Begriffe von Recht und Pflicht verkehrt. Wir sagen, Rußland habe das Recht, die Auslieferung zu verlangen, Preußen die Pflicht, auszuliefern. Der Minister des Innern sagt: Preußen hat das Recht, auszuweisen, Rußland die Pflicht, die Ausgewiesenen zu übernehmen. Es ist nicht schwer, sich auszumalen, wie die Ausgewiesenen dort übernommen sind, welches „Logis" man ihnen angewiesen hat.

Welche Folgen hat nun für unsere Landestheile die Convention gehabt? Daß diese Folgen keine guten gewesen sind, nicht haben sein können, geht schon aus der Hast hervor, mit welcher die Convention abgeschlossen ist. Sie hat zunächst Aufregung und Unwillen hervorgerufen. Welchen Eindruck sollte es machen, daß an die Bewohner der Provinz Posen ein Aufruf erlassen wird, in dem sie zu gesetzlichem Verhalten ermahnt werden, während die Behörde gleichzeitig mit ungesetzlichen Maßregeln, wie mit der Bedrückung des Vereinsrechts, vorgeht. Mir liegt ein Brief von einem Mitgliede des Vereins zur Wahrung deutscher Interessen in Posen vor, einem Vereine, der also hier besondern Anspruch hat, als zuverlässig in seinem Urtheil anerkannt zu werden, ein Brief, der so bittere Klagen über die Convention führt, daß es nicht angeht, denselben hier mitzutheilen. Ich will nur auf eine Stelle desselben eingehen. Die Rückwirkung der getroffenen Maßregel macht sich auch auf den Gebieten des Verkehrs, des Handels und Credits geltend, und in dieser Beziehung sagt der Brief, der Erlaß des Oberpräsidenten habe den Aufschwung des Credits vernichtet. Nebenbei muß man die Lage der Deutschen im Königreich Polen erwägen. Es sei viel deutsches Capital in Polen angelegt, viele deutsche Bewohner dort wohnhaft. Gegen diese werden die heftigsten Antipathien erregt. Auch unsere Ostseehäfen sind durch die getroffenen Maßregeln sehr alterirt, der Abschluß von Geschäften ist erschwert, die Prämien auf preußische Schiffe werden wegen Kriegsgefahr verstärkt. Die Regierung verletzt alle Interessen, Polen und Deutsche, das Inland und das Ausland. Was bewegt die Reg. zu diesem Verhalten? Man spricht von den mit Rußland geschlossenen Verträgen. Daß dieselben respectirt werden müssen, bestreitet Niemand. Die Verletzung der Verträge ist aber gerade auf russischer Seite; die Behandlung der Polen widerspricht den Verpflichtungen, welche Rußland theils durch die wiener Congreßacte, theils durch Separatabreden, die es Preußen und Oesterreich gegenüber abgeschlossen, übernommen hat, und auf deren Erfüllung diese Mächte dringen dürfen.

Der Ministerpräsident hat gesagt, unser Interesse sei es, den polnischen Aufstand schnell niederzuschlagen. Gerade aber das System, welches Rußland befolgt, macht den Aufstand permanent. Ruhe und Frieden kann ohne Aenderung dieses Systems nicht wiederkehren, dessen Unterstützung daher auch aus diesem Grunde gegen unser Interesse ist.

Wir haben Verträge mit Rußland über den Grenzverkehr, der uns jede mögliche Erleichterung, die coulanteste Abfertigung, Zölle von höchstens 10 pCt. ad valorem versprochen. Rußland hat diese Versprechungen nicht gehalten; durch seine Unterstützung verewigen wir den Rechtsbruch, der uns selbst am schwersten trifft (Bravo.).

Ich weise endlich auf die Verträge wegen der polnischen Frage hin, bei denen das Ausland als Mitcontrahent interessirt ist. Auch hat Napoleon Grund, theils persönliche, theils dynastische Sympathien für Polen zur Schau zu tragen. Die orientalische Frege ist keine Chimäre, sondern wird ernste Verwickelungen herbeiführen. Welches ist nun unsere Lage einem ausbrechenden Kriege gegenüber? Wir kämpfen in demselben gegen unser Staatsinteresse, und mit welchem Herzen können wir dies thun? Wir kämpfen an der Seite Rußlands für eine Restaurationspolitik, für die Wiederherstellung des Absolutismus. Wir gerathen in einen Kampf, in welchem der Sieg für uns schlimmer ist, als eine Niederlage. Schrecklich ist ein Krieg für einen Staat, der Zwiespalt im Innern hat. Im Jahre 1859 begrüßte die wiener Börse jede Niederlage Oesterreichs mit einer Hausse. Allerdings bezeichnet zuweilen eine Niederlage den Aufschwung des Staates, wie der italienische Krieg für Oesterreich, der Krimkrieg für Rußland, Jena für uns. Aber mehr als eine solche Niederlage vermag kein Staat zu überstehen. Wir kämpfen endlich gegen die Sympathien der ganzen gebildeten Welt.

Das System der russischen Rekrutirung ist hinreichend gekennzeichnet; ein russischer Offizier, Baron v. Korff hat sich das Leben genommen, weil er seine Instructionen mit seinem Gewissen nicht in Einklang bringen konnte. Man behauptet, „die Polen riefen die harte Behandlung hervor." Ich kann Criminationen und Recriminationen nicht gegen einander abwägen. Aber eine Wahrheit läßt sich mit Bestimmtheit aussprechen, daß eine Regierung, die nur durch Knute und Stock regiert, unmöglich ist; kein gesitteter Mensch kann für sie eintreten. Das hat sich an dem österreich. und dem bourbonischen Stockregiment in Italien gezeigt, welches sich noch damit rechtfertigte, daß es durch den Widerstand der Italiener hervorgerufen wurde. Auch das russische Stockregiment wird untergehen, wie es untergehen muß. (Lebhaftes Bravo!) Man hat von Solidarität der Revolutionen gesprochen. Allerdings hat ein Umschwung in den Ideen der Zeit stattgefunden, es findet eine Solidarität der Bildung und Gesittung statt.

Der Abg. v. Vincke hat mich auf eine frühere Rede verwiesen, und hat gefolgert, wir müßten Rußland helfen, ein reconstituirtes Polen nicht aufkommen lassen. Ich erkenne allerdigs die Pflicht an, Preußens Grenzen zu vertheidigen; diese Pflicht wird jeder anerkennen müssen, der sich zur deutschen Fortschrittspartei zählt. Aber die Fortsetzung der damals von mir gehaltenen Rede zeigt, daß ich Polen gegenüber keine Engherzigkeit an den Tag legen kann, ohne mit mir selbst in Widerspruch zu gerathen. Die deutschen Provinzen Polens sind dem Germanisirungsprozesse verfallen, aber für ein Polen, daß außerhalb dieser Grenzen in Zukunft entsteht, kann ich nur Sympathien zeigen. Die deutsche Nationalität ist in der glücklichen Lage, daß sie mit der Humanität in keinem Widerspruche steht. (Bravo!)

Ich glaube nicht an eine Konstituirung Polens vor der Deutschlands, denn die fremden Mächte haben kein reeles Interesse daran. Wozu brauchte Napoleon die nationalen Sympathien Polens? Um seine Söhne auf dem Schlachtfelde zu opfern. Von dem neu konstituirten Deutschland hat Polen das nicht zu fürchten. Unsere Eroberungen sind Kultureroberungen. In dem wiedererstandenen Deutschland liegt der Schild der Gerechtigkeit für den ganzen Kontinent. Wenn die Konstituirung Deutschlands und dann die Polens erfolgt sein sollte, dann ist es mit der Kabinetspolitik aus. (Bravo!) — Hiernach ergiebt sich unsere Stellung zu den verschiedenen Anträgen von selbst. Dem Amendement v. Bonin würden wir beitreten können, wenn ein Ministerium Bonin auf der Ministerbank säße. (Heiterkeit.) Dem jetzigen Ministerium gegenüber müssen wir uns wahren, daß das, was wir sagen, nicht gegen den Sinn, den wir wollen, ausgebeutet wird. Wir Alle wollen den Schutz der Grenzen, aber wir haben von der Interpretationskunst des Ministerpräsidenten solche Proben (Heiterkeit), daß wir riskiren, das Ministerium sagt uns: „Unsere Cooperationen mit Rußland, wie sie in der abgeschlossenen Convention bestimmt sind, haben weiter keinen Zweck, als die Grenze zu schützen." — Das Amendement v. Vincke ist genügend von ihm selbst charakterisirt. Er will Unterstützung und Begünstigung der Russen auf jede Weise, nur die Ueberschreitung der Grenze ausgenommen.

Wer, wie wir, überhaupt keine Cooperation mit den Russen will, kann für das Amendement also nicht stimmen. Das Amendement v. Bockum-Dolffs unterscheidet sich im Geiste nicht von dem Antrage der Commission. Es hat eine bessere Fassung und vermeidet die von mehreren Seiten gerügte Nebeneinanderstellung der Aufständischen und der Russen. Den geltend gemachten Bedenken gegenüber, die ich keineswegs theile, halte ich das Amendement für gut und werde für dasselbe stimmen. — Mitten im Kampfe um die verfassungsmäßigen Grundrechte des Landes trifft uns diese große Frage. Da heißt es: „Ihr seid im Kampfe um das Nothwendigste. Was zieht Ihr die auswärtige Politik gerade jetzt in Eure Debatten?" Einmal sind die Landesinteressen so betheiligt, daß die Volksvertretung nicht schweigen kann. Dann aber wollen wir zeigen, daß der Nothstand, in dem wir uns befinden, unsern politischen Gesichtskreis nicht beengen soll. Wir fassen weitaus die ganze Zukunft des Vaterlandes in's Auge, obgleich man uns die Gegenwart bestreitet, denn die Zukunft ist unser! (Bravo!) Noch einmal müssen wir uns der Zustimmung Europa's versichern. Diese ist uns in ungeheurem Maße zu Theil geworden bei dem inneren Kampf um unsere Verfassung.

Wenn wir auch für die Stellung Preußens nach außen eintreten, wird uns die Bundesgenossenschaft des ganzen Europas einen mächtigen Alliirten gewähren auch für unsere inneren Kämpfe. Das Volk kennt uns, es kennt die Minister. Es fehlen ihm nicht die Momente, sich zwischen beiden zu entscheiden, wenn es gilt. Wir haben das unsere gethan, und wenn unser Vaterland vor einem großen Conflict gewahrt wird, so haben wir Theil daran, obgleich man es uns bestreitet. (Stürmisches Bravo, auch von den Tribünen, das der Präsident als völlig unerlaubt bezeichnet)

Ein Schlußantrag ist vom Abg. Zierenberg eingebracht.

Zum Wort gemeldet sind noch dagegen: Die Abgeordneten Virchow, Simson, Groote, v. Bunsen, v. Bockum, v. Janiszewski; dafür: die Abgeordneten Dr. Löwe, Waldeck, Behrend, Duncker, Reichensperger, Plaßmann, v. Unruh, v. Carlowitz, Bleibtreu, Laßwitz, Lyskowski, Faucher, v. Forckenbeck und Wachsmuth.

Der Schlußantrag, für den sich auch ein großer Theil der Fortschrittspartei, der Fraktion Bockum-Dolffs erhebt, wird mit schwacher Majorität abgelehnt. Es folgt als Redner:

Abg. Dr. Virchow: Auch er habe die Ueberzeugung, daß das Land die Abgeordneten und die Herren von der Ministerbank kenne, und deshalb hätte er wohl gewünscht, daß der Resolution ein mehr energischer Ausdruck und den Ministern damit zugleich Gelegenheit gegeben worden wäre, an das Land zu appelliren und die gewünschte Probe zu machen. In diesem Sinne entspreche auch keines der Amendements ganz der Sache. Wenn er auch keinen Antrag desfalls stellen wolle, so glaube er sich doch berechtigt, über die Convention zu sprechen und die bisher bekannten Handlungen zu beurtheilen, wenn auch der Ministerpräsident gestern, gewiß zur größten Ueberraschung des Landes, erklärt habe, daß die Annahme der Resolution einen Mangel an Patriotismus zeigen würde, und ein der Partei des Herrn Ministerpräsidenten nahestehendes Organ sogar gesagt habe, man werde die Abgeordneten deshalb nächstens als Landesverräther bezeichnen müssen. — Daraus, daß der Ministerpräsident bei seiner gestrigen lebhaften Erwiderung seines (des Redners) Auftretens in der neulichen Debatte nicht gedacht, dürfe er wohl schließen, daß er sich damals in den Grenzen thatsächlicher Bemerkungen gehalten habe. Er wolle das auch jetzt thun. Er habe damals bemerkt, daß es ihm schiene, als ob eine Richtung sich geltend mache, die den Ministerpräsidenten wider seinen Willen dränge. Der Abgeordnete Twesten habe darauf hingewiesen, wie übel es sei, wenn Jemand, der schieben solle, geschoben werde. Er lese so eben in der Köln. Zeitung an einer hervorragenden Stelle, anscheinend aus einer Quelle, die nahe an Lord Palmerston hinanreiche, daß der russische Botschafter sich beklagt habe darüber, daß man dem Andringen der preußischen Regierung nicht habe widerstehen können, und daß es seiner Regierung angenehm sein würde, wenn sie aus dieser Situation wieder heraus sei.

Wir wissen nicht, ob es dem Ministerpräsidenten nicht auch angenehm sein würde, wenn er aus dieser Situation heraus wäre. Es würde demselben zwar leicht möglich sein, auch hier wieder zu sagen, das seien ja lauter Conjecturen. Wenn man aber das Verfahren in der Provinz Posen in's Auge fasse, das allmähliche Ueberwiegen der Militärpartei, so könne man sich der Ansicht nicht verschließen, daß jetzt die allmähliche Umwandlung der Cabinetsregierung, wie der Abg. für Mansfeld sie genannt habe, in die Militärreg., von der der Abg. für Berlin meine, stattfinde. Dann könne es bald dahin kommen, daß man nicht mehr die erforderliche Anzahl von Civilpersonen finde, sondern, wie in Rußland Sitte, alle die höheren Stellen der Verwaltung durch Generale besetze. (Heiterkeit.) Das Abg.-Haus werde sich durch jene unter solchen Umständen gethane Aeußerung vom Ministertische nicht irre machen lassen. Die Art, wie der Minister-Präsident sich als solcher in Staats-Angelegenheiten äußere, mache ihm (Redner) den Eindruck, als ob er sich in einem Kreise von Studenten befinde. Der Vergleich z. B. von den Offizieren, die des Sonntags über die Grenze zum Besuch kämen, erinnere gar sehr an studentisches Leben und Kneipe. Wenn er hier vielleicht wiederum zu sehr als Professor gesprochen, so wolle er beiläufig eine neuliche Anführung des Herrn Ministers des Innern berichtigen; es säßen nur 5 Professoren in diesem Hause, von einem Einflusse der Professorenpolitik könne hier nicht die Rede sein. (Sämmtliche Minister haben das Haus verlassen.)

Was berechtige denn die Herren am Ministertische, die Mitglieder dieses Hauses des Mangels an Patriotismus zu zeihen? Diese Anschuldigung beweise nur die vollständige Isolirung der Minister, deren Stellung ähnlich sei der eines fremden Eroberers. Die Vergewaltigung, die dem Lande durch sie

geschehe, bedrohe auch mehr und mehr die äußern Verhältnisse. Wie weit das eigenthümliche Interpretationssystem des Ministerpräsidenten sich darauf schon erstrecke, zeige die Erklärung des Ministers des Innern in der letzten Sitzung. Jene vier Polen, sage er, seien nicht „ausgeliefert", sondern „ausgewiesen", und dafür berufe er sich auf Art. 23 des Cartellvertrages vom 3. Aug. 1857, worin jeder der beiden Staaten sich verpflichtet, diejenigen seiner Unterthanen wieder zu übernehmen, welche über die Grenze gegangen sind, worin also nicht die Verpflichtung, auszuweisen, sondern die Verpflichtung, die Ausgewiesenen zu übernehmen, betont sei! Jene Interpretation des Ministers widerspreche auch der erst jetzt wieder im amtlichen beuthener Kreisblatt vom 19. Febr. d. J. seitens des Landrathsamts veröffentlichten Instruktion des Oberpräsidenten der Provinz aus dem Jahre 1857, worin ausdrücklich verfügt sei, daß die zur Ausweisung bestimmten polnischen Flüchtlinge zunächst aufzufordern seien, auf ihre eignen Kosten das Land zu verlassen, und wonach erst, wenn sie dies nicht thun könnten, das Auslieferungsverfahren einzuleiten sei.

Und jene vier Polen seien nicht einmal von der zuständigen Civilbehörde verhaftet, sondern von der Commandantur; sie seien in ein Miltärgefängniß gebracht und in einer Weise ausgeliefert worden, die sich von der Auslieferung nicht unterscheide. Es sei eine Interpretation, wie man sie bei Auslegung der Verfassung erlebt habe. Da indessen das hohe Ministerium verschwunden sei, so könne er sich seine Bemerkungen gegen dasselbe wohl sparen, denn er dürfe jedoch nicht von der Voraussetzung ausgehen, daß die so beschränkte Zeit der Herren Minister ihnen erlaube, die stenographischen Berichte zu lesen (Heiterkeit). Nur die eine Bemerkung möchte er nicht verloren gehen lassen in Bezug auf eine Bemerk. des Min.-Präsidenten. Schon am 24. Sept. 1849 habe derselbe nämlich der 2. Kammer die Befürchtung ausgesprochen, die Plätze hier eingenommen zu sehen von Männern, die zu Hause nichts zu verlieren hätten und hier ihre Stellung verbessern wollten. — Redner wendet sich nunmehr gegen die Ausführungen des Abg. v. Vincke. Eine ähnliche Situation, wie die, welche sich jetzt vorbereite, habe bereits auf dem Wiener Congreß stattgefunden. Auch damals bestand ein Bündniß zwischen Frankreich, England und Oesterreich einerseits, zwischen Rußland und Preußen andererseits. Dieses Bündniß sei nicht segensreich für Preußen gewesen.

Durch die Convention habe die Regierung die Frage allmählich zu einer europäischen Frage gemacht. Frankreichs friedliche Ermahnungen würden sich ändern, mit den Aenderungen jenseits des Kanals. Das Lager von Chalons werde in diesem Jahre 2 Monate früher als gewöhnlich zusammengezogen, möglicherweise aus allgemeinen militärischen Rücksichten; man habe sich aber gewöhnt, dergleichen Schritte des Beherrschers von Frankreich als bestimmte Warnungszeichen ansehen zu dürfen. — Die Haltung Oesterreichs, das jede Verlegenheit Preußens zu benutzen pflege, sei eine weit politischere. Dort begnüge man sich mit einer Verschärfung der Polizei, bei uns gehe man so weit, Reisende anzuhalten, von denen es zweifelhaft, mit welchen Dokumenten sie versehen seien. Er sei der Meinung, daß gegen solche Akte die Landesvertretug Protest einlegen sollte. Es werde aber für jetzt genügen, daß auch diese Seite der Fragen auf dieser Tribüne berührt werde.

Er habe neulich Sympathien ausgesprochen, nicht für den Aufstand, sondern für die unglückliche Lage des Königreichs Polen, und die Meinung, daß es wohl die Aufgabe des Ministerpräsidenten hätte sein können, durch milde Rathschläge an die russ. Regierung die gegenwärtigen Zustände zu verhindern. Damals habe der Ministerpräsident die sonderbare, von ihm selbst nachher belachte Antwort gegeben, das könne leicht zur Reciprocität führen. Nun, von Rußland, denke er, habe doch Preußen solche Reciprocität nicht zu fürchten. Nicht blos auf kleine Staaten seien derartige Interventionen zu beschränken. Weshalb fürchte man sich vor großen Staaten, da man sich doch Kurhessen und Dänemark gegenüber keinen Zwang angethan? — Deshalb sei er gegen das Amendement des Abgeordneten für Genthin, denn es weise nicht jede friedliche Einmischung zurück. Unter den vorliegenden Anträgen sage ihm nur einer zu, der des Abg. v. Bockum-Dolffs. Auf kleine redactionelle Bemerkungen und Differenzen komme es in diesem Augenblicke nicht an, sondern gegenüber einer Regierung, wie die gegenwärtige, komme es darauf an, daß die Uebereinstimmung im Hause so vollständig sei wie möglich. Dieses Amendement sei der Boden, auf dem das Haus einig sein könne, so einig, wie in jenen ersten Tagen unserer parlamentarischen Krisis.

Nehmen Sie dieses Amendement möglichst einstimmig an, meine Herren denn unser heutiges Votum ist mehr als jemals ein Votum vor ganz Europa! (Lebhafter Beifall!) Vom Abg. André ist ein Antrag auf Vertagung der Debatte gestellt; von verschiedenen Seiten sind Anträge auf Schluß eingegangen. Der Vicepräsident Behrend läßt zunächst über die Vertagung abstimmen, die Abstimmung ist zweifelhaft; der Präsident will zur Zählung schreiten. Von mehrern Seiten wird dagegen protestirt, und da von den Abgeordneten Simson, Reichensperger und Michaelis zuerst eine Abstimmung über den Schluß verlangt wird, so autorisirt das Haus den Präsidenten, von der angefangenen Abstimmung abzugehen und zuerst über den Schluß abzustimmen. Der Schluß der Debatte wird hierauf angenommen und demnächst die Vertagung der Sitzung mit großer Majorität beschlossen. — Es folgen mehrere persönliche Bemerkungen.

Abg. v. Unruh: Der Herr Ministerpräsident habe gesagt, daß er (Redner) unter dem lebhaftesten Beifall des Hauses angedeutet habe, daß unter bestimmten Umständen die Mittel zur Landesvertheidigung dem Könige verweigert werden würden; er habe ferner gesagt, daß dies eine Drohung sei, welche das Land wehrlos mache. Zur Widerlegung dieser Bemerkung verweise er auf den steneogr. Bericht, wonach er gesagt habe, daß, wenn die preuß. Reg. sich übereilt und muthwillig in auswärtige Verwickelungen einlasse, daß zu einer solchen Politik diesem Ministerium auch nicht ein Thaler bewilligt würde. Er habe also nicht die Erwartung ausgesprochen, daß das Haus jemals die Mittel verweigern werde, wenn es sich um einen Angriff auf Preußen handle, am allerwenigsten Seiner Majestät dem Könige. Wenn der Ministerpräsident sich wieder mit der allerhöchsten Person Sr. Majestät des Königs identificire, so wolle er nur bemerken, daß dies nicht aus Scheu vor der Verantwortung geschehe; an dem Muthe des Hrn. Ministerpräsidenten zweifle Niemand; aber es habe dies eine bestimmte absolutistische Tendenz.

Der Ministerpräsident habe ferner gesagt, daß seine Name an die Steuerverweigerung im Jahre 1848 erinnere. Er bedauere, daß die Unruhe des Hauses ihn gestern nicht habe aussprechen lassen. Wenn seine (Redners) Vergangenheit kritisirt werde, so finde er darin keine persönliche Verletzung. Jeder habe dazu das Recht, und nehme er dasselbe dem Herrn Ministerpräsident gegenüber in Anspruch. Er schätze es sich zur Ehre, Präsident der preuß. Nationalversammlung gewesen zu sein. (Bravo.) Er wolle sich nicht zum Advokaten der Versammlung machen, die Geschichte werde darüber urtheilen. — Gleichwie der Ministerpräsident, so nehme auch er für sich in Anspruch, daß er und seine Freunde so gute Patrioten seien, wie irgend Einer im Hause. (Bravo.)

Abg. Wachsmuth tritt als früheres Mitglied der Nationalversammlung den Worten des Abg. v. Unruh bei.

Abg. Groote erklärt, daß er die Kantaksche Interpellation sowohl aus Loyalität gegen eine Minorität, wie aus Sympathie für die polnische Sache unterzeichnet habe.

Abg. Waldeck: Der Abg. v. Vincke habe sich mit den Aeußerungen des Minister-Präsidenten gegen ihn (Redner) identificirt. Der Herr Minister-Präsident habe ihm als „einem Manne von 48" Neigung zur Conspiration zugeschrieben. Er sei kein neues Mitglied dieser Versammlung. Schon vor 2 Jahren habe ihn das Vertrauen des Volkes zum Abgeordneten gewählt, die Partei des Minister-Präsidenten sei die alte geblieben. Der Vorwurf der Conspiration sei schon damals gegen ihn „durch ein schändliches Bubenstück" erhoben worden. Die Lauterkeit der demokratischen Partei sei damals vor Gott und aller Welt und vor Allem vor Gericht constatirt worden. Seine Reden haben viele Anfechtungen erlitten. Er halte seine Aeußerungen über die Schergen des Absolutismus und die Gendarmerie-Exekution aufrecht, er sei gewohnt, so zu sprechen, wie ihm der Schnabel gewachsen, und nicht andere Redner zu schulmeistern.

Abg. v. Vincke: Er bezeuge dem Abg. Waldeck, daß er sowohl wie der Ministerpräsident dieselben geblieben seien. Uebrigens halte er Waldeck durchaus für einen edlen Patrioten und Ehrenmann und identificire ihn durchaus nicht mit allen verwerflichen Bestrebungen der Demokratie. Dem Abg. v. Hennig erwidere er, daß er Stellen aus den Schriften anerkannter Historiker vorgelesen habe, während der Abg. Becker seine eigene Rede vorgelesen habe, was der Geschäftsordnung widerspreche. Mit Schulze-Delitzsch stände er principiell auf demselben Boden; er unterscheide sich von ihm nur insofern, als dieser sich erst wehren wolle, wenn die Gegner das Haus niederreißen, während er dies schon thue, wenn sie die Vorbereitungen dazu treffen. — Wenn ihm der Abg. Virchow Weitschweifigkeit vorwerfe, so wundere ihn das gerade von Hrn. Virchow; quis tulerit Gracchos de seditione quaerentes?!

Abg. Kantak hält, den Abgeordneten Bonin und v. Vincke gegenüber, die Angaben seiner Interpellation aufrecht.

Abg. v. Hennig (Straßburg) stellt in Abrede, daß er dem Abg. von Vincke die Legitimation bestritten habe, über westpreußische Zustände zu sprechen.

Abg. Dr. Becker: Wenn v. Vincke seine (des Redners) Notizen mit dem stenographischen Berichte vergleichen wolle, so würde er sehen, daß er nicht abgelesen habe. Er bedaure, daß er noch nicht so geübt sei, daß er unter fortwährender Störung der rechten Seite des Hauses sein Manuscript entbehren könne.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen beendet und es schließt die Sitzung gegen 4 Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr.

[Proscriptionsliste.] Den Bürgermeister-Aemtern und Polizeibehörden ist, wie die „Berg-Ztg." schreibt, eine Liste von circa 20 Polen zugestellt, welche in die verschiedenen Provinzen des preußischen Staates gesendet sein sollen zur Beförderung des polnischen Aufstandes. Sie sollen, wo man sie findet, verhaftet und dem Minister von Eulenburg davon sofort Nachricht gegeben werden.

Köln, 26. Februar. [Beschlagnahme.] Die „K. Z." schreibt: „Die „Kölnische Zeitung" wurde gestern mit Beschlag belegt, zunächst wegen eines Artikels * Berlin, in welchem wir, auf die nach allen Nachrichten, auch der „Kreuzzeitung", sehr aufgeregte Stimmung in Berlin hinweisend, die Regierung dringend und aus königstreuem Herzen baten, da es, zumal nach den neuesten Nachrichten über die schreckliche Weise, wie die Russen in Polen Krieg führen, zur Unmöglichkeit geworden sei, die Convention mit Rußland auszuführen, doch die nöthigen Zugeständnisse so bald wie möglich zu machen, ehe die Warnungen des Auslandes sich in Drohungen verwandelten. Der zweite Artikel, dessentwegen die Beschlagnahme erfolgte, war eine Abwehr gegen einen heftigen Angriff auf die „Kölnische Zeitung", die in einer Zuschrift an die „Times" beschuldigt wird, energielos und schwach sich zu zeigen. Wir dürfen sagen, daß trotz aller Erfahrungen diese Beschlagnahme uns einigermaßen überrascht hat. Wegen unseres Raisonnements können wir schwerlich mit Beschlag belegt sein, denn dieses war in beiden Artikeln so ruhig und loyal wie möglich. Es scheint daher wohl die Anführung von Thatsachen beanstandet zu sein, wie dies bei einem dritten unzulässig erklärten Artikel keinen Zweifel leidet; denn dieser führte blos eine Nachricht des feudalen wiener Blattes „Vaterland" über Herrn v. Bismarck an. Namentlich dürften die Berichte über die in Berlin und in der Rheinprovinz herrschende Stimmung zu stark befunden sein. Unserem patriotischen Sinne schien es gerade in diesem ernsten Augenblicke, wo die königliche Regierung entscheidende Entschlüsse fassen muß, von größter Wichtigkeit zu sein, daß sie über die im ganzen Lande herrschende Stimmung unterrichtet sei. Aber leider scheinen die Grenzen unserer Preßfreiheit sich immer mehr zu verengern, und so wird uns möglicherweise bald nichts übrig bleiben, als uns, wie vor zwölf Jahren, für eine Zeit lang jeder Besprechung preußischer Angelegenheiten zu enthalten." (Daraus wird sich das Ministerium natürlich gar nichts machen, im Gegentheil, das ist es ja, was gerade erwünscht wird, was aber eben deshalb ein liberales Organ nie thun darf. D. Red. d. Bresl. Z.)

Barmen, 25. Febr. [Mißtrauensvotum.] In der Bürgerschaft circulirt folgende Adresse:

„An das Mitglied des Herrenhauses für den Stadtkreis Barmen, Herrn Beigeordneten Commerzienrath August Engels.

Geehrter Herr!

Wir unterzeichnete Bürger aus Barmen sprechen Ihnen unser ernstes Bedauern in Bezug auf die Zustimmung zur Herrenhaus-Adresse aus.

Wir Alle stehen fest zu unserm, die Verfassung so würdig wahrenden und so muthig vertheidigenden Abgeordnetenhause, und haben nicht vergessen, daß das Herrenhaus durch seinen bekannten früheren verfassungswidrigen Beschluß unsern beklagenswerthen inneren Conflict noch geschärft hat.

Es ist uns nicht fremd, daß Ihre Präsentation zum Herrenhause ohne Mandat geschehen, doch haben wir, als selbstverständlich, von dem Vertreter unserer Stadt, und des gewerbthätigen Bürgerthums, in der Adreßdebatte des Herrenhauses ein Wort der Anerkennung des Rechts unserer verfassungsmäßigen Volksvertretung erwartet.

Ihr ehrenwerther Privatcharakter, Ihre der Stadt während einer so langen Reihe von Jahren so unermüdlich geleisteten Dienste dürfen uns nicht zurückhalten, unserer Ueberzeugung Ausdruck zu geben."

Italien.

Mailand, 23. Febr. [Polenmeeting.] Heute von 12 bis 2 Uhr wurde die Versammlung zu Gunsten Polens gehalten. Sieben Redner haben das Wort ergriffen, haben sich aber in ihren Reden auf streng gesetzlichem Boden gehalten. Die Anwesenden haben einstimmig den Wunsch ausgesprochen, Polen siegreich zu sehen, und nachdem man diesen Beweis der Theilnahme gegeben, überließ man es dem Gutachten der Commission, ob eine Sammlung zu veranstalten sei. Der Präsident Ferrari hat darauf die Reden resumirt und die Sitzung um 2 Uhr aufgehoben. Die bei der Versammlung anwesende Menge kann auf etwa tausend geschätzt werden; man hat den Rednern häufig Beifall geklatscht; die vollkommenste Ordnung herrschte von Anfang bis zu Ende.

Frankreich.

Paris, 25. Febr. [Tagesbericht.] Der „Moniteur" nimmt heute zu Protokoll, daß nicht nur die englische Presse „mit äußerster Lebhaftigkeit" die Maßnahmen der preußischen Regierung gegen Polen zu besprechen fortfahre, sondern auch die wiener Blätter ihre Kritik der preußisch-russischen Militär-Convention nicht sparen, indem sie auf Oesterreichs ganz entgegengesetzte Haltung hinweisen. Die Nachrichten aus Polen selbst, sagt das amtliche Blatt, bekunden fort und fort die Hartnäckigkeit des Kampfes. — Der preußische Gesandte, Graf v. d. Goltz, hat gestern eine lange Audienz beim Kaiser gehabt. Es wird versichert, daß die amtliche Uebergabe des Textes der Convention vom 8. Februar gestern erfolgt sei. — Mehrere Studenten der medicinischen Schule sind nach Polen abgereist, um als Aerzte sich den Insurgenten anzuschließen. Der Bruder des Generals Langiewicz war in Paris und ist soeben nach London abgereist. — Der Fürst Metternich begleitete gestern allein den Kaiser auf die Jagd. — General Forey hat in einer Proclamation erklärt, der französische Militär-Codex werde fürderhin auf die Mexicaner angewandt, was sehr für die Verstockheit dieser letzteren spricht. — Einem mexicanischen Kaufmanne hat man eröffnet, er könne um die Concession für einige Silberbergwerke einkommen, sobald die Regierung Juarez' gestürzt sei. Man scheint sich also vollkommen wie zu Hause zu betrachten. — Die heutige Börse ist bedeutend in die Höhe gegangen und hat das ganze Terrain wieder erobert, das sie gestern verloren hatte. In hiesigen diplomatischen Kreisen circulirt die Version, daß das stockholmer Cabinet in Paris und London den Antrag gemacht habe, sich allfälligen Schritten dieser Mächte zu Gunsten Polens anzuschließen. Ohne daß diese Version bisher verbürgt wäre, gewinnt sie doch nach den im schwedischen Reichstage stattgefundenen polenfreundlichen Discussionen immerhin einigen Anspruch auf Wahrscheinlichkeit.

* **Paris**, 25. Febr. [Eine vierte Stimme.] Vorgestern sprachen wir die Ansicht aus, daß der preußischen Regierung die Ehre verbiete, fortan ihr Eigenlob im „Journ. des Deb." zu singen, nachdem dasselbe Blatt aus Anlaß der Militärconvention die heftigsten Beleidigungen gegen Preußen geschleudert hat. Die Begriffe über Ehre müssen aber bei der preuß. Regierung anders sein, als bei den übrigen Menschen; denn heute bringt das „Journ. des Deb." abermals einen Artikel des Herrn Dr. Bamberger, königlich preußischen officiösen Journalisten. Der betreffende Artikel giebt nach Mittheilungen aus Berlin vom 21. d. M. Aufschlüsse über Das, was jüngst zwischen Preußen und Rußland verhandelt worden und fügt hinzu, daß es den genauen Gegenstand der Festsetzungen mit Gewißheit anzugeben im Stande ist. „Es scheint nicht", sagt der Bericht, „daß die beiden Höfe eine eigentliche Convention, noch weniger einen Vertrag geschlossen haben und es ist sehr wahrscheinlich, daß man sich auf einen Noten-Austausch beschränkt habe, worin drei Festsetzungen enthalten, die man für die Sicherung der Grenzen nothwendig erachtet und als einfache Ausführungsmaßregeln der zwischen beiden Staaten immer bestandenen Verträge darstellt. Die erste dieser Festsetzungen bezieht sich auf die an der russisch-polnischen Grenze bestehenden Zoll-Kassen, von denen eine durch Insurgentenbanden fortgeführt worden. Fortan sollen diese Kassen, im Nothfalle, auf preußisches Gebiet gebracht werden, wo sie, der Annahme zufolge, von den Insurgenten nicht gesucht werden. Die zweite Festsetzung ist eine Folge der ersten, sie gestattet den russischen Zollwachen, die ihrer Hut anvertrauten Kassen auf preußisches Gebiet zu begleiten und dort eine Zuflucht zu suchen. Derselbe Schutz wird den russischen Militärabtheilungen, Kosaken oder anderen, bewilligt, welche auf einigen bedrohteren Grenzpunkten den Zollbeamten zur Vertheidigung der Kassen beigegeben sind. Die dritte Festsetzung gestattet den, Insurgentenbanden verfolgenden Russen, ihre Verfolgung jenseits der Grenze, auf preußischem Gebiete fortzusetzen, bis daß preußische Behörden oder Truppen im Stande sind, diese Banden zu bewältigen und zu entwaffnen. Sobald die russischen Truppen den Preußen gegenüber sind, müssen sie Halt machen und auf russisches Gebiet zurückkehren." Weiter heißt es: „Es wird förmlich geleugnet, daß die russische Regierung die Benutzung preußischer Eisenbahnen irgendwie begehrt habe, die preußische Regierung hätte also hier nichts zu bewilligen oder zu verweigern . . . . Die alten Verträge gestatten übrigens viele, seit langer Zeit in Paris und London für übertrieben erachtete Dinge, und man würde in seltsame Irrthümer verfallen, wollte man das, durch jene Verträge zwischen Preußen und Rußland geschaffene internationale Recht nach den heut allgemein von den anderen europäischen Nationen zugelassenen Grundsätzen beurtheilen. Wie dem auch sei: diese Verträge bestehen und sind verpflichtend."

Großbritannien.

[Prinz Alfred.] Ein gestern Abend eingetroffenes Telegramm des Gouverneurs von Malta berichtet zwar, daß Prinz Alfred wieder eine ruhige Nacht gehabt habe und sein Befinden günstig sei; man hegt jedoch im Publikum die Befürchtung, daß der Zustand des Prinzen ein viel gefährlicherer sei, als officiell angegeben. Mehrremale ist schon das Gerücht von seinem Tode aufgetreten und gestern Abend herrschte auch im Parlamente eine ängstliche Erwartung, die Bestätigung dieser Trauerkunde werde jeden Augenblick erfolgen.

Rußland.

Unruhen in Polen.

** [Bildung neuer Insurgentencorps; Sieg derselben.] Der „Czas" vom 26. d. M. bringt in einer Correspondenz aus Warschau vom 22. d. M. die Nachricht, daß im nördlichen Theile des lubelskischen Gouvernements sich zwei neue Insurgentencorps gebildet haben, das eine unter Anführung eines Geistlichen, Namens Bohdanowicz, das andere unter Anführung eines Rydzewski, dessen Stand nicht weiter bezeichnet wird. Diese beiden Corps haben sich mit dem dritten schon bestehenden und bei Dubienka kampirenden vereinigt und mit ihm gemeinschaftlich sich nach dem Bug begeben. Auch in Podlachien soll sich nach den Schlachten bei Wengrow und Siemiatycze die Revolution so weit erholt haben, daß ein Treffen bei Biala podlaska günstig für die Polen ausgefallen sein soll. Von dem Mielenckischen Corps in Kujawien heißt es, daß es mehrere Scharmützel mit den Russen mit Vortheil bestanden hat. Auch Jezieranski, dessen bereits vor einigen Tagen erwähnt wurde, und von dem man doch nichts Genaueres anzugeben wußte, als daß auch er im Radomschen mit 1500 Polen agire, soll mehrere kleinere russische Detachements unschädlich gemacht haben.

Ueber das für die Polen siegreiche Treffen bei Jendrzejow enthält der „Czas" vom 27. d. M. schon nähere Nachrichten. Es bestätigt sich im Ganzen die Niederlage der Russen, (wie sich die Leser erinnern werden, war es eine Abtheilung von 500 Mann, welche die Rekruten und die in Miechow Gefangenen escortirte), als Ort des Treffens wird jedoch nicht Jendrzejow, sondern Chenciny bezeichnet. Die russische Infanterie wurde theils vernichtet, theils gefangen genommen; zwei Kanonen, welche die Russen hatten, fielen in die Hände der Insurgenten. Nur ein Detachement Dragoner war im Stande, sich durch Flucht zu retten, denn General Langiewicz (wie wir schon gestern mitgetheilt haben, war es sein Corps, welches dieses Treffen bestand) besaß kaum so viel Kavallerie, als zum Dienst im Lager nothwendig war. Dies Treffen soll am 24. d. M. stattgefunden haben. „Czas" giebt sich mit den bis jetzt darüber eingelaufenen Botschaften nicht zufrieden und erwartet noch immer bestimmtere.

Amerika.

New-York, 11. Februar. [Unmenschlichkeiten der Südlichen.] Man erfährt aus einem nordkarolinischen Blatte, daß in dem politischen Gefängnisse zu Salisbury nicht weniger als 300 „Verräther" (unionistisch gesinnte Bürger) liegen, von denen nicht mehr als ein einziger sich bereit erklärt habe, der (Rebellen-) Regierung Treue zu schwören. Der richmonder „Dispatch" meldet, daß am 23. Jan. in Ost-Tennessee eine 70 Mann starke Schaar von „Tories" (Unionisten) durch ein Detachement Soldaten gesprengt, daß dabei eine Anzahl der Unionisten verwundet, gefangen und augenblicklich aufgehängt worden sei. Die richmonder Zeitungen vom 6. Februar zeigen unter ihren kleingedruckten Lokalnotizen an, daß in diesen Tagen wieder 3 Hinrichtungen politischer Verbrecher stattfinden werden, und ein Blatt fügt dazu die kurze Bemerkung: „Diese Art von Hinrichtungen wird jetzt so häufig, daß sie nicht die geringste Aufmerksamkeit mehr erregt."

Δ **Breslau**, 28. Februar. [Ferneres Ausbleiben der warschauer Post.] Mit dem gestrigen wiener Schnellzuge ist die warschauer Post nicht angekommen, weil, wie bereits telegraphisch gemeldet worden, der betreffende Zug in Kattowitz den Anschluß verfehlt hatte. Der Zug ist aber auch gestern Abend nicht rechtzeitig herangekommen, um den Anschluß an den Güterzug von Myslowitz nach Breslau zu erreichen, weshalb die polnische Post von gestern noch immer fehlt. Es müssen also wieder ganz außerordentliche Hindernisse den Verkehr gestört haben.

Breslau, 28. Februar. [Diebstähle.] Gestohlen wurde: Teichstraße Nr. 2b ein schwarzbrauner Tuchrock mit schwarzer Seide gefuttert.

Verloren wurden: ein hierorts ausgefertigtes, mit zwei Attesten versehenes Gesindedienstbuch auf Julie Weiß aus Brieg lautend; ein Gesindedienstbuch, lautend auf die Arbeiter-Wittwe Theresia Gierschner, geb. Kattner, aus Polnisch-Bauditz bei Canth; eine Concession zum Betriebe der Schank-Wirthschaft. (Pol.-Bl.)

A. H. [Der schlesische Kunstverein] hatte in Hinblick auf das Jubiläumsjahr 1863 seinen Mitgliedern „den Rheinübergang der schlesischen Armee bei Caub," nach Professor Camphausen, in Oelfarbendruck als Vereinsblatt bestimmt. Die großen Schwierigkeiten in technischer Beziehung, das Meisterwerk Camphausen's, bekanntlich im Besitz des schlesischen Kunstvereins, den Mitgliedern in würdiger Vollendung zuzustellen, hat den Unternehmer, Herrn Loelliot in Berlin, der auch das letzte Vereinsblatt, „Rathhaus von Breslau," in so zufriedenstellender Weise gefertigt veranlaßt

dieses Kunstblatt nicht eher abzuliefern, bis jede Schwierigkeit überwunden, und ein selbst Herrn Professor Camphausen zufriedenstellendes Werk geschaffen war. Der Probedruck ist nun eingetroffen*) und wir fordern nicht nur die Mitglieder des schlesischen Kunstvereins, sondern das gesammte kunstsinnige Publikum auf, Urtheil abzugeben über die Vorzüglichkeit dieses Oelfarbendrucks. Abgesehen von der Vordergruppe, bei welcher auch die kleinsten Details dem Original treu wiedergegeben sind, machen wir auf die Mittelpartie, Blücher, York und Gneisenau, ganz besonders aufmerksam. Die sich zertheilenden Nebel des Neujahrmorgens, verbunden mit der hereinbrechenden Sonnenbeleuchtung, geben dem Bilde einen so zarten duftigen Ton, der gerade in dieser Reproduction so schwierig herzustellen ist. — Wohl kein deutscher Kunstverein hat bisher seinen Mitgliedern ein ähnliches Vereinsblatt geliefert. Möge uns der Wunsch gestattet sein, daß die in etwa 1½ Jahren von 1100 auf 1500 gestiegene Mitgliederzahl den schlesischen Kunstverein durch neuen zahlreichen Zutritt in den Stand setze, Weiteres und Größeres im Interesse der Kunst zu wirken. Der Druck des Blattes wird in möglichst kurzer Zeit erfolgen und hoffentlich in den nächsten 8 Wochen sämmtliche Mitglieder in Besitz desselben sein. Nochmals rühmend sind die verschiedenen Innungen (Maurer-, Zimmer-, Bäcker-, Kretschmer-, Seiler-Innung) meistens mit 5 Actien als zugetretene Mitglieder hervorzuheben. Möge dies für die Kunst bekundete rege Interesse unseres Handwerkerstandes ein Beispiel für andere hiesige Corporationen sein.

Bei dieser Gelegenheit können wir nicht unterlassen, sowohl die Mitglieder des schlesischen Kunstvereins, wie auch alle Beförderer und Beschützer der Kunst auf die „Verbindung für historische Kunst" aufmerksam zu machen. Diese Verbindung, aus fast sämmtlichen Kunstvereinen Deutschlands, dessen kunstsinnigen Potentaten und einzelnen hervorragenden Kunstmäcenen bestehend, hat es sich zur Aufgabe gestellt, namentlich die historische Kunst zu pflegen und fördern zu helfen, sei es durch Ankauf der vorzüglichsten Erscheinungen von Meisterwerken berühmter Künstler oder durch Bestellungen nach vorher eingegangenen Skizzen an dieselben. Unter diesen Künstlern spielen namentlich die Breslauer eine hervorragende Rolle. Professor Mentzel (Friedrich des Großen Begegnung mit Kaiser Joseph in Neisse), Professor Rosenfelder (der Kaisersarg) und Julius Scholz (das Gastmahl der Generäle Wallensteins). In Rücksicht des großen Erfolges, den namentlich das letzte Bild in ganz Deutschland erzielt, sind der „Verbindung" außer Köln mit mehreren Aktien noch andere Städte als Mitglieder beigetreten; jedenfalls wird auch Breslau die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, durch Betheiligung seitens der Commune einen Akt der Dankbarkeit gegen die Verbindung auszuüben und auf diesem vielleicht einzigen Wege den schlesischen historischen Künstlern Unterstützung und weitere Erfolge zu verschaffen.

*) Bei dem Schatzmeister des schlesischen Kunstvereins, Herrn Karsch, Ohlauerstraße, ausgestellt.

X. Tarnowitz, 26. Febr. [Verschönerung.] Unsere Stadt hat seit einigen Tagen wieder eine bedeutende Verschönerung erfahren. Der Herr Pfarrer Wawretzko hat nämlich im vergangenen Jahre zu Ehren des verewigten Staatsministers v. Stein ein Denkmal errichten lassen. Da dasselbe jedoch seiner Unansehnlichkeit wegen nicht zweckentsprechend war, so wurde es entfernt und am 25. d. Mts. an dessen Stelle ein schönes prachtvolles errichtet, so daß wir dem Herrn Pfarrer Wawretzko, der nicht nur unermüdet für die Verschönerung der Stadt selbst sorgt, sondern auch für die arme Bevölkerung derselben ein steter Wohlthäter ist, wieder eine neue Zierde mehr verdanken.

(Notizen aus der Provinz.) * Görlitz. Die hiesige „Niederschl. Zeitung" meldet: „daß vor der Hand von einem Ausmarsch hiesiger Truppen nicht mehr die Rede sei."

+ Bunzlau. Am 21. d. M. wurden wir mit der Aufführung des „Sommer" und des „Winter" aus Haydns „Jahreszeiten" erfreut. Die Aufführung war eine sehr gelungene. Sämmtliche Mitwirkende boten das Möglichste auf, um der umsichtigen Leitung des Dirigenten Ehre zu machen, und wenn die Solisten der ehrendsten Erwähnung verdienen, so ist dies nicht minder der Fall bei den gut einstudirten effektvollen, sauber und korrekt ausgeführten imposanten Chören, so daß wohl nur wenige Zuhörer unbefriedigt geblieben sein dürften. Möchte es dem Dirigenten Hrn. Knauer recht bald gefallen, uns mit Aufführung auch der beiden andern Abtheilungen zu erfreuen.

△ Görlitz. Der hiesige „Anzeiger" findet sich veranlaßt, zu erklären: „daß weder von der hiesigen Polizei-Verwaltung, noch vom hiesigen königl. Landraths-Amte ein amtlicher Bericht über die Zustände in Görlitz an das Ministerium abgegeben worden ist. Die uns gemachten Angaben bezogen sich weder auf die Berichte der einen, noch auf die des andern."

Glogau. Der „Niederschl. Anz." meldet: Das in Fraustadt garnisonirende Bataillon des Füsilier-Regim. Nr. 38 ist am 25. d. Mts. nach Schildberg abmarschirt. Ob auch die hiesigen beiden Bataillone des genannten Regiments uns verlassen werden, ist noch nicht bestimmt.

Posen, 24. Februar. [Recherche in Kurnik.] Am Sonnabend fand sich der Landrath Funk aus Schrimm mit entsprechender Bedeckung bei dem Propst in Kurnik (einer circa drei Meilen von Posen belegenen, dem Abgeordneten Grafen Dzialynski gehörigen Stadt) ein und überraschte denselben mit der Mittheilung, sofort die Kirche einer genauen Durchsuchung unterwerfen zu müssen. Es stellte sich bei der übrigens fruchtlos ausgefallenen Revision heraus, daß der Denunciant mit einigen, in den Kellerräumen der Kirche befindlichen alten marmornen Altarstützen, welche außer Gebrauch gesetzt sind und nur noch verrathen, daß sie früher einmal eine Säulenform gehabt haben, — die vom Landrath gesuchten Kanonen gemeint hat. (Königsb. Z.)

Grab an der Prosna, 24. Febr. [Verhaftung.] Der „Dziennik pozn." erzählt: Heute kamen 2 Kompagnien preußischer Infanterie und ein Trupp Ulanen von Zerkow nach Robakow, wo sich eine preußische Zollkammer befindet. Nachdem diese Truppen die Brücke vor Robakow, sowie die Brücke über die Prosna bei Czolnochow, wo sich eine russische Zollkammer befindet, besetzt hatten, gelang es ihnen, zwei Personen abzufangen, die nach dem Königreich Polen hinüberwollten. Es waren die Herren Koszucki aus Magnuszewice. In Folge sofortiger Durchsuchung ihres Gepäcks fand man 10 Doppelgewehre, einige Revolver und Munition. Beide wurden verhaftet, ihre Effekten in Beschlag genommen und nach Pleschen gebracht. Darauf wurde von dieser Truppe die Revision der Grenze fortgesetzt. (Pos. Z.)

+ Schlesiens Steinkohlen-Industrie.

An vielen Punkten sind Schritte zur Hebung der Steinkohlen-Industrie in letzter Zeit gethan. Es bleibe dahingestellt, ob diese Schritte alle beabsichtigten Zwecke erreichen oder doch so schnell erreichen werden, als es im Interesse der Allgemeinheit zu wünschen. Jedenfalls ist das bisher durch Agitation für mäßige Bahntarife auf diesem Gebiete Erlangte rühmend anzuerkennen.

Für die oberschlesische Steinkohle gelangt mit 1. März 1863 der so lange angestrebte Einpfennigtarif für die Centnermeile, ohne jeden Zuschlag, wie letzterer theilweise noch auf den westlichen Eisenbahnen Preußens besteht, für Transporte von Oberschlesien in der Richtung nach Berlin zur Ausführung. Mit demselben Zeitpunkte tritt auch eine Ermäßigung des Tarifs im Binnenverkehre auf der oberschlesischen Bahn in Kraft, durch welche die Tonne sich durchschnittlich um 16 Pfennige billiger nach Breslau legt, als bei dem gegenwärtigen Tarife. Vielen genügt diese Ermäßigung nach Breslau nicht. Denen geben wir zu bedenken, daß seitens der oberschlesischen Bahn eine äußere Nöthigung zur Tarifherabsetzung nicht obwaltete, und diese Ermäßigung daher als ein freies Zugeständniß anerkennend aufzunehmen ist. Allerdings erscheint gegen den bisherigen Tarif die Differenz an sich nicht erheblich genug, um einen bedeutenderen Verbrauch von Steinkohlen in Breslau hervorzurufen; indessen mag auch von anderer Seite das Erforderliche geschehen, um den heutigen Verkaufpreis der Tonne Steinkohlen von jeder städtischen Auflage zu entbürden. Allererst wäre die leidige Brennmaterialien-Steuer in Breslau aufzuheben, welche, nach Abzug der Exportvergütung der aus Breslau wieder ausgeführten Quantitäten, im sechsjährigen Durchschnitte des Zeitraums 1856 bis 1861 jährlich 19,562 Thlr. betrug. Käme diese Erleichterung dem Kohlenkonsum in Breslau zu Gute, so würde sich, im Vereine mit der Bahntarifermäßigung, die Tonne Steinkohlen in Zukunft um zwei Silbergroschen vier Pfennige, mithin bei oberschlesischen Stückkohlen um 7,9 Prozent und bei Würfelkohlen sogar um 8,9 Prozent pro Tonne auf dem breslauer Markte billiger berechnen; ein jedenfalls schon in die Waagschale fallenden Unterschied, wenn es sich um vermehrten Verbrauch für Haushaltungen und um die Rentabilität von Fabrikanlagen handelt.

Die nordwestdeutsche Eisenbahngruppe, nämlich die rheinpreußischen, westfälischen, hannoverschen und braunschweigischen Eisenbahnen, stehen bezüglich der Mäßigkeit des Kohlenfrachttarifs dem für die Transporte von Oberschlesien nach Berlin am 1. März zur Geltung kommenden Tarifsatze am nächsten, indem auch dort der Einpfennigtarif nunmehr unter Fortfall der halben Expeditionsgebühr (ein Thaler) in Kraft tritt. Anlangend die einheitliche Tarifirung im Einpfennigtarife, welche durch Agitation für die deutschen Bahnen angestrebt wird, darf für die Folge nicht außer Acht bleiben, daß die Tarirung der Steinkohlentonne zu 3½, 3⅔ und 4 Centner dazu beiträgt, den für die Tonne wirklich zur Erhebung gelangenden Tarifsatz zu verschleiern. Es wird daher angemessen sein, statt des Centners die Tonne auf die Fahne der Agitation zu setzen.

Für die Absatzmärkte ist das rheinisch-westfälische Kohlenbecken bekanntlich um Vieles günstiger gelegen, als das schlesische; die östlichste Steinkohlen-Station der Köln-Mindener Bahn ist nur fünfunddreißig Bahnmeilen von Bremen entfernt, und Wasserverbindungen sind außerdem vorhanden; trotzdem ist man bemüht, vornämlich der Montan-Industrie durch den Kanalbau vom Rhein bis zur Elbe noch anderweite neue Absatzgebiete zu eröffnen. Von welchem Einflusse die Tarifermäßigung auf der nordwest-deutschen Bahngruppe bereits gewesen, davon legt der Inhalt des amtlichen österreichischen Konsularberichts „Ueber Bremens wirthschaftliche Verhältnisse im Jahre 1861" Zeugniß ab, in welchem folgende Bemerkung die größte Beachtung verdient. „Keine Frachtermäßigung ist von so hoher Bedeutung gewesen, wie die im Jahre 1861 erfolgte Herabsetzung des Frachttarifs für Steinkohlen und Koks. Diese Maßregel hat der deutschen Kohle in Bremen immer mehr Eingang verschafft und man hat sogar schon angefangen, Sendungen nach Kuba, Brasilien und Honolulu zu machen, auf welchen Märkten die deutsche Kohle theilweise schon mit der englischen konkurrirt hat. Ohne Zweifel wird der deutschen Kohlenproduktion ein noch unabsehbares Absatzgebiet eröffnet werden, wenn es durch Erlaß des Expeditionszuschlages ermöglicht werden kann, die deutschen Kohlen, deren Preis auf den heimischen Zechen dem englischen Grubenpreise gleichkommt, eben so billig mittelst der Bahn nach Bremerhaven zu befördern, wie sie zu Schiff von England bezogen werden kann. Bekanntlich ist der Mangel an Ausfracht eine Hauptbeschaffenheit des deutschen Schifffahrtsverkehrs. Viele bremische Rheder sehen sich genöthigt, um ihre Schiffe nicht in Ballast nach transatlantischen Plätzen zu senden, sie vorher in England mit Kohlen zu beladen. Könnten nun diese sehr hohen Kosten des Anlaufens eines englischen Hafens und der Befrachtung in England vermieden werden, und schon von Deutschland aus die Befrachtung mit Kohlen ersetzen, so würden der Kohlenproduktion, sowie den Eisenbahnen und der Rhederei Deutschlands bisher ganz ungeahnte Vortheile erwachsen und dem ganzen Seeverkehre Deutschlands in vielen Beziehungen eine neue Wendung gegeben werden. Mit Recht verfolgt man daher auch in Bremen die Bemühungen zur Herstellung eines Rhein-Weserkanals, welcher die reichen Kohlengruben Westfalens berühren soll, mit dem größten Interesse."

Freilich würde zu solchem Zwecke der Verschiffung nach überseeischen Ländern von Stettin aus für Schlesien keine Gelegenheit sein, wenn wir für unsere oberschlesische Steinkohle auch den Einpfennig-Tarif haben werden da dann immer noch die Fracht, welche von westfälischen Gruben aus nach Bremen sich auf 12 Sgr. stellt, von Kattowitz nach Stettin sich nicht unter 24 Sgr. stellen würde. Da aber von Stettin aus, eine Versendung von Steinkohlen nach unseren eigenen preuß. Häfen und weiterhin ermöglicht wird, eben so ein Verbrauch unserer oberschles. Steinkohlen für die Fabriken in Pommern und Preußen, so eröffnen sich jedenfalls auch darin die günstigsten Aussichten für die schlesische Kohlen-Industrie, wenn erst die Verschiffung auf der Oder ermöglicht ist. Allererst ist hierzu die Führung eines Schienenstranges zur Oder unterhalb Breslau's ein nicht zu beseitigendes Erforderniß, welchem zu entsprechen, die Eisenbahnen in ihrem eigenen Interesse um so mehr berufen erscheinen, als die Steinkohlen-Speisung der von der Breslau-Posener und deren Anschlußbahnen berührten Landestheile auf dem Bahnwege, bei den dort geltenden geringen Preisen anderer Brennmaterialien, in den nächsten Jahren kaum zu gewärtigen stehen dürfte. An die Ausführung dieser Anlage würde ohne Aufschub zu gehen sein, da ohne diese Herstellung es unthunlich wäre, einen Anfang mit der hier befürworteten Ausdehnung des oberschlesischen Steinkohlengeschäfts zu machen. Angedeutet sei schließlich, daß die Ausführbarkeit dieses Geschäftsbetriebs an Wahrscheinlichkeit noch dadurch gewänne, wenn der Stückkohle auch die billigere Nuß- und Kleinkohle als Gegenstand der Versendung hinzuträte. — Daß die Regulirung des Wasserweges oberhalb Breslau nicht in die Grenzen dieser Betrachtung gezogen ward, wird nach Lage dieser Angelegenheit wohl nicht befremden können.

** [Steinkohle.] Wir haben kürzlich Erwähnung gethan, welcher bedeutend vergrößerte Absatz sich für die westfälischen Kohlenzechen nach dem Norden und der See eröffnet hat, und wie es ihnen besonders durch den Pfennigtarif geglückt ist, dort mit der englischen Kohle in Concurrenz zu treten. Heute erfahren wir, daß auch die städtische Gasanstalt in Berlin, welche jährlich fast eine Million Scheffel Steinkohlen consumirt, einen Theil ihres Bedarfes Westfalen zuwendet, während sie bisher nur mit englischer Kohle gearbeitet. Freilich werden daran nicht alle westfälischen Gruben Theil nehmen können, da nicht alle gute Gaskohlen liefern, indeß sind wir überzeugt, daß auch Oberschlesien und besonders Waldenburg an Qualität für diesen Bedarf nicht hinter einzelnen westfälischen Gaskohlen zurückstehen und die Concurrenz mit diesen und den englischen auch auf dem berliner Markte aufsuchen werde.

[Das Schnellpökeln des Fleisches im Kleinen.] Man nimmt, wie Hr. Dr. Runge, Professor der Gewerbskunde in Oranienburg, angiebt, auf 16 Loth Kochsalz ½ Loth Salpeter und 1 Loth Zucker und wälzt, ebenso wie es auch schon früher die Hausfrauen thaten, das Stück Fleisch so darin, daß alle Seiten desselben ihr gehöriges Salz bekommen. Darauf hüllt man dasselbe in ein Stück vorher gut gebrüheter, aber wieder getrockneter Leinwand fest ein und legt es in einen Porzellan- oder andern Napf und oben darauf einen möglichst dicht schließenden Teller. Diese Leinwandhülle ist das Wesentliche beim Schnellpökeln im kleinen Maßstab, was, wie Hr. Prof. Runge meint, nicht allen Hausfrauen bekannt sein wird. Man kann nach 12 Stunden schon die Wirkung sehen. Hat man nämlich das Fleischstück mit dem Salzgemenge ohne Leinwandhülle in den Napf gelegt, so findet man den größten Theil des Salzes zu Lacke zerflossen am Boden desselben. Sonach kann es keine Wirkung mehr auf den Theil des Fleisches äußern, der daraus hervorragt. Bei der Leinwandumhüllung ist dem nicht so; hier finden wir gar keine Lacke in den ersten 10 Stunden, dafür ist sie selbst aber durch und durch mit den aufgelösten Salztheilen getränkt und giebt nun, da ihre Berührung mit dem Fleisch fortdauert, so viel Salz an dasselbe ab, als es dafür Feuchtigkeit von ihm erhält. Später, nach etwa 16 Stunden, findet man unten etwas Lacke; nun ist es Zeit, das Fleisch mit seiner Hülle umzukehren und dies täglich einmal zu wiederholen.

Ein so behandeltes Stück von 6 Pfund wurde schon nach 6 Tagen aus seiner salzigen Umhüllung genommen. Es hatte nur 10 Loth an Gewicht verloren; denn die wenige freie Lacke betrug mit der, welche die Leinwand aufgenommen hatte, nur 27 Loth. Das Fleisch wurde nun in bloßem Wasser gekocht und zeigte sich wohlschmeckend und hinreichend gepökelt.

Alles hier Gesagte gilt vom Pökeln in kleinen Mengen. Sobald man das Drei- oder Vierfache pökelt, kann die Leinwandhülle wegbleiben. Höchstens daß man ein Stück Leinwand als Decke obenauf legt. Denn da sechs Pfund Fleisch 27 Loth Lacke geben, so geben (wenn man dieselbe Menge Pökelsalz anwenden würde, was hier aber wohl zu viel sein könnte) 24 Pfd. Fleisch 108 Loth Lacke, was übergenug ist, das Fleisch mit Lacke zu bedecken.

Es kommt hierbei nur auf das richtige Einlegen der in dem Pökelsalz gewälzten Fleischstücke an. Es dürfen keine leeren Räume bleiben. Durch kleine Fleischstücke kann man sie zwar ausfüllen; aber man schneidet nicht gern ein ansehnliches Stück zu diesem Zweck entzwei. Es ist auch nicht nöthig, da glatte, wohlgewaschene Kiesel- oder Feldsteine in allen möglichen Größen hier dasselbe thun und jeden Raum ausfüllen, wo müßige Lacke sich ansammeln könnte.

Frankfurt a. O., 25. Febr. Gestern Abend ist hier ein schreckliches Unglück vorgekommen. Der Sohn des hiesigen Postdirektors Werner, im Postgebäude wohnhaft, ein halbwahnsinniger exaltirter Mensch, hat bei der nothwendigen Festnehmung desselben auf dem Posthofe einen Hilfspolizisten, Schuhmacher Leonhard, einen Familienvater, todtgestochen, den Gendarmen Marquardt lebensgefährlich und die Post-Schildwachen leicht verwundet. Näheres ist noch nicht bekannt.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 27. Febr. 10 U. Ab.	335,58	+2,8	SW. 1.	Trübe.
28. Febr. 6 U. Morg.	335,18	+2,8	W. 2.	Regnerisch.

Breslau, 28. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. — Z. U.-P. 1 F. 11 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 27. Febr., Nachm. 3 Uhr. Die Rente eröffnete zu 69, 50, hob sich auf 69, 80 und schloß in fester Haltung zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92½ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 69, 70. 4½proz. Rente 98, 50. Italienische 5proz. Rente 69, —. 3proz. Spanier 49½. 1prz. Spanier —. Oest. Staats-Eisenbahn-Aktien 513, 75. Credit-mobilier-Aktien 1180, —. Lomb. Eisenbahn-Aktien 586, 25. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 27. Febr., Nachm. 3 Uhr. Consols 92⅜. 1prz. Spanier 46. Mexikaner 32⅝. Sardinier 83½. 5prz. Russen 96. 4½prz. Russen 93½. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 7 Sch., Wien 11 Fl. 90 Kr.

Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Noten-Umlauf 19,117,055, der Metallvorrath 14,614,096 Pfd. St.

Wien, 27. Febr., Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Börse matter. 5proz. Metall. 75, —. 4½proz. Metall. 65, 50. 1854er Loose 92, 75. Bank-Aktien 812. Nordbahn 190, —. National-Anleihe 81, 40. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 220, 10. Creditaktien 235, —. London 116, 20. Hamburg 87, 25. Paris 46, 10. Gold —, —. Silber —, —. Böhmische Westbahn 167, —. Lombardische Eisenbahn 268, —. Neue Loose 135, 30. 1860er Loose 93, 70.

Frankfurt a. M., 27. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Oesterr. Effekten eröffneten bei stillem Umsatz im Allgemeinen fest. Böhm. Westbahn 73¼. Finnl. Anleihe 91½. Schluß-Course: Ludwigsh.-Bexbach 143½. Wiener Wechsel 101⅛. Darmst. Bankaktien 241½. Darmst. Zettel-Bank 257. 5proz. Metall. 63⅝. 4½proz. Met. 56¼. 1854er Loose 77⅝. Oesterr. National-Anleihe 68⅝. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 238. Oesterr. Bank-Antheile 820. Oesterr. Credit-Aktien 222. Neueste österr. Anleihe 81¼. Oesterr. Elisabet-Bahn 129¼. Rhein-Nahe-Bahn 32¾. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 129⅞.

Hamburg, 27. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Ziemliches Geschäft. Finnl. Anleihe 90¼. Schluß-Course: National-Anleihe 69¼. Oesterr. Credit-Aktien 93. Vereinsbank 103⅛. Norddeutsche Bank 106¾. Rheinische 98¾. Nordbahn 64½. Disconto 2¾. Wien 89, 25. Petersburg 31¼.

Hamburg, 27. Febr. [Getreidemarkt.] Weizen loco etwas niedriger, ab auswärts sehr ruhig. Roggen loco still, ab Ostsee ohne Geschäft und zu 75 ab Danzig wohl noch zu haben. Oel pr. Mai 32⅝, pr. Okt. 30⅝. Kaffee sehr stille.

Liverpool, 27. Februar. [Baumwolle.] 3000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert. Wochenumsatz 24,190 Ballen. Middling Orleans 21½, Upland 20½.

London, 27. Februar. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen vernachlässigt, nominell. Frühjahrsgetreide ruhig, Montags-Preise. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 27. Februar. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen stille. Roggen loco fest, Herbstroggen flauer. Raps April 92, Oktober 79½. Rüböl Mai 51¾, Herbst 46.

Berliner Börse vom 27. Februar 1863.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	101⅝ B.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4	99 bz.
dito 1854, 55A. 57	4½	101½ bz.
dito 1856	4½	101½ bz.
dito 1853	4	100 bz.
dito 1859	5	106½ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	89¼ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	129 bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102½ bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärker	3½	91½ G.
dito dito	4	101¾ B.
Pommersche	3½	91½ B.
dito neue	4	100½ G.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	96⅞ B.
Schlesische	3½	94½ bz.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärker	4	99⅞ bz.
Pommersche	4	99¾ bz.
Posensche	4	97⅞ bz.
Preussische	4	99½ bz.
Westf. u. Rhein.	4	99⅝ bz.
Sächsische	4	100¼ B.
Schlesische	4	99⅞ bz.
Louisdor	—	110 bz.
Goldkronen	—	9. 6¾ bz.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall	5	65 B.
dito 54r Pr.-Anl.	4	80½ B.
dito neue 100 fl.-L.	—	78½ B.
dito Nat.-Anleihe	5	70⅜ u. ¼ bz. u. B.
dito Bankn. n. Whr.	–	87 bz
Russ.-engl. Anleihe	5	94⅝ G.
dito 5. Anleihe	5	89¼ G.
dito poln. Sch.-Obl.	4	82¼ G.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	89¾ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	91½ G.
dito à 300 Fl.	5	92½ bz.
dito à 200 Fl.	—	23¾ G.
Poln. Banknoten	—	— — —
Kurhess. 40 Thlr.	—	56¾ G.
Baden 35 Fl.	—	32¼ bz.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	89½ bz.
Aach.-Mastricht.	3½	4	36¼ bz.
Amst.-Rotterdam	5 1/5	4	97¼ bz.
Berg.-Märkische	6½	4	106 bz.
Berlin.Anhalter	8¼	4	143½ bz.
Berlin-Hamburg.	6	4	122 B.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	188 bz.
Berlin-Stettiner	7 1/12	4	135¾ bz.
Breslau-Freibrg.	6⅔	4	133½ B.
Cöln-Mindener	12¼	3½	176½ bz.
Franz. St.-Eisenb.	6 4/5	5	136 à 136½ à 136 bz.
Ludw.-Bexbach	8	4	144 G
Magd.-Halberst.	22⅓	4	282 etw. bz u G.
Magd.-Wittenbrg.	1½	4	63½ B.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	125½ B.
Mecklenburger	2⅞	4	68⅞ à ⅝ bz.
Münster-Hammer	4	4	— — —
Neisse-Brieger	3½	4	86¼ bz.
Niederschles.	4	4	99 bz.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	70 bz.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	65⅛ à 64⅞ bz.
dito Prior	—	4½	— — —
Oberschles. A.	7 4/5	3½	161½ à 161 bz.
Oberschles. B.	7 4/5	3½	142¼ bz.
dito C.	7 4/5	3½	161½ à 161 bz.
dito Prior A.	—	4	99 B.
dito Prior B.	—	3½	87⅛ bz.
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	86⅝ G.
dito Prior E.	—	3½	84⅝ B.
dito Prior F.	—	4½	— — —
Oppeln-Tarnow.	⅘	4	61¼ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	62 G.
Rheinische	5	4	100 bz.
dito (St.) Pr.	5	4	105 G.
dito Prior	—	4	— — —
dito III. Em.	—	4½	99½ bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	32½ B.
Ruhrort-Crefeld.	3 1/11	3½	95¾ G.
Starg.-Posener	4	3½	106 bz.
Thüringer	6⅗	4	125⅛ bz.
Wilhelms Bahn.	—	4	63½ bz.
dito Prior	—	4	92¼ B.
dito III. Em.	—	4½	97 G.
dito Prior St.	—	4½	94½ B.
dito dito	—	5	97¼ bz.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein.	5 1/12	4	118 G.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	102½ etw. bz. u. G.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	83 etw. bz u G.
Bremer „	5⅗	4	107¼ B.
Coburg. Credit A.	3	4	87½ B.
Darmst. Zettel-B.	8½	4	102½ G.
Darmst. Credb. A.	5	4	93½ bz.
Dess. Creditb. A.	—	4	7½ bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	98¾ bz.
Genf. Creditb. A.	2	4	53 a 52¾ bz. u. G.
Geraer Bank	5¾	4	96½ bz. u. B.
Hamb. Nord. Bank	5	4	105¾ G.
„ Ver.-Bank	5 1/16	4	103 G.
Hannov. „	4½	4	100¼ B.
Leipziger „	3	4	83½ B.
Luxembrg. „	10	4	101¼ G.
Magd. Priv. „	4 1/5	4	92½ G.
Mein. Creditb. A.	6	4	96 B.
Minerva Bgwk. A.	—	5	36 etw. bz.
Oester. Creditb. A.	7¾	5	95⅛ a 94⅝ bz.
Pos. Prov.-Bank	5 1/11	4	96¾ B.
Preuss. B.-Anthl.	4 1/7	4½	125¾ bz.
Schl. Bank-Ver.	6	4	99½ B.
Thüringer Bank	2⅗	4	66 G.
Weimar. Bank	4	4	90 B.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	144⅛ bz.
dito	2 M.	143⅜ bz.
Hamburg	8 T.	152 bz.
dito	2 M.	151⅜ bz.
London	3 M.	6. 21¼ bz.
Paris	2 M.	80 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	86⅝ bz.
dito	2 M.	85⅝ bz.
Augsburg	2 M.	56. 24 G.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99 5/12 G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 26 G.
Petersburg	3 W.	100¼ bz. 3M. 99½ bz.
Warschau	8 T.	89⅞ bz.
Bremen	8 T.	109⅞ bz.

⊕ **Breslau,** 28. Febr. Wind: West. Wetter: regnicht. Thermometer Früh 2° Wärme. Die Angebote von Getreide waren heut reichlicher, die Kauflust jedoch nicht vermehrt.

Weizen blieb sehr vernachlässigt; pr. 85pfd. weißer 70—81 Sgr., gelber 66—74 Sgr. — Roggen behauptet; pr. 84pfd. 50—53 Sgr., feinster bis 54 Sgr. — Gerste preishaltend; pr. 70pfd. weiße 42—43 Sgr., gelbe 38—41 Sgr. — Hafer angeboten; pr. 50pfd. schlesischer 25—27 Sgr. — Erbsen, Wicken und Bohnen ohne Frage. — Oelsaaten wenig Umsatz. — Schlaglein ruhig. — Rapskuchen vernachlässigt; 48—52 Sgr. pr. Ctr. — Lupinen 36—40 Sgr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	67—75—81	Wicken	35—38—40
Gelber Weizen	65—70—76		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	50—52—54	Schlag-Leinsaat	190—210—218
Gerste	38—41—44	Winter-Raps	260—275—285
Hafer	24—26—28	Winter-Rübsen	— — — —
Erbsen	43—48—52	Sommer-Rübsen	220—240—260

Kleesaat — nur schwach gefragt, — rothe ordinäre 9⅔—11⅔ Thlr., mittle 12⅔—14⅙ Thlr., feine 14⅔—16⅙ Thlr., hochfeine 16½—17 Thlr., extrafeine über Notiz. — weiße ordinäre 8—9¾ Thlr., mittle 10¼—13½ Thlr., feine 14¾—17¼ Thlr., hochfeine 18¼—19¼ Thlr. Schwedischer Klee 18—26 Thlr. pr. Centner.

Thymothee 5½—7½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 15—18 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 15⅓ Thlr., Februar 15¼ Thlr., pr. April-Mai 14¾ Thlr. Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 13 7/12 Thlr. Geld, Februar 13⅔ Thlr. Br., Frühjahr 13 11/12 Thlr. Br.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.